



# Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** *Stefan Wittlin (SP); Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).*

## Verhandlungsgegenstände:

24.	Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung .....	2
25.	Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen .....	2
26.	Anzug 8 Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel .....	3
27.	Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen .....	6
28.	Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote .....	7
29.	Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse .....	10
30.	Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle .....	13
31.	Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischer Familien mit Saisonier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel .....	15
32.	Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt .....	18
33.	Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern .....	19
34.	Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR .....	21
35.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR .....	27
36.	Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR .....	31
36.1.	Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR .....	33
36.2.	Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR .....	33
37.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR .....	34
38.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR .....	34
39.	Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR .....	34
40.	Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung .....	36
41.	Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung .....	36



## **Beginn der 19. Sitzung**

Mittwoch, 12. Juni 2024, 15:00 Uhr

## **24. Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung**

[12.06.24 15:00:12, 24.5108.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen zwei Mitteilungen zu machen.

### **Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne**

Auf der Tribüne begrüsse ich die 7. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit Lehrperson Nadine Stampfli. Ich durfte vorher kurz mit der Klasse sprechen und habe mich sehr darüber gefreut, dass sie einige spannende Fragen gestellt haben. Wir freuen uns alle, dass ihr hier seid und über euer Interesse für die Politik und wünschen spannende Einblicke. [Applaus]

### **Mitteilung der Kulturgruppe**

Die Kulturgruppe des Landrats lädt die Kulturgruppe des Grossen Rats am 18. Juni zum Besuch der Saline Schweizerhalle und des Salzmuseums ein. Anmeldungen sind bis morgen Donnerstag möglich. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch die Saline und das Salzmuseum sowie ein Apéro zum Ausklang mit Gelegenheiten zu Gesprächen. Catherine Alioth hat Ihnen heute Morgen ein Erinnerungsmail geschickt mit allen Angaben und auch der Möglichkeit, sich anzumelden und sie steht auch gerne für Fragen zur Verfügung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zurück zu den Geschäften und der Traktandenliste. Es geht weiter mit Traktandum 24. Anzugs 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung.

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## **25. Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen**

[12.06.24 15:02:13, 24.5140.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



## 26. Anzug 8 Edibe Gögeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel

[12.06.24 15:02:38, 24.5141.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bestreite diese Überweisung des Anzuges auch im Namen meiner Fraktion, aber auch im Namen der Fraktion der Liberaldemokraten und der FDP. Der Vorstoss ist zwar ganz grundsätzlich gut gemeint, wir sind aber dennoch nicht der Ansicht, dass dies auch ein richtiges Signal wäre für die Situation, die wir im Kanton Basel-Stadt gerade auch im Zusammenhang mit der Berufsbildung haben. Letztlich ist dieser Vorstoss, auch wenn er nicht so gemeint ist, eine weitere Schwächung der Berufsbildung, denn wir sind schon der Ansicht, dass es vor allem darum geht, darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Menschen auch über den Berufsbildungsweg sich entsprechend für das weitere berufliche Leben vorbereiten können. Auch ein späterer Zugang zur Universität hat ja letztlich nur das Ziel, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Das nun von Edibe Gögeli und den Mitunterzeichnenden adressierte Anliegen würde deshalb dazu führen, dass die Berufsbildung insgesamt weiter auch an Stärkung verliert und das ist gerade auch im Kanton Basel-Stadt, wo wir auch immer wieder von Firmen hören, die Schwierigkeiten haben, noch Lernende zu finden, ein doch sehr fatales Signal. Zudem möchten wir auch darauf hinweisen, dass die Abschlussquote für die Sek-Stufe 2 in Basel-Stadt ja im Vergleich zu den anderen Kantonen unterdurchschnittlich ist. Wir sind hier in einem sehr schlechten Bereich mit einer Quote von etwa knapp 85 Prozent, währenddem das Ziel eigentlich sein müsste, schweizweit diese 95 Prozent zu erreichen. Deshalb glauben wir auch nicht, dass ein Wiedereinstieg etwa zu einem späteren Zeitpunkt, was das Alter anbelangt, hier eine wesentliche Verbesserung der Situation herbeiführen würde, im Gegenteil. Wie bereits erwähnt, würde das dazu führen, dass die Berufsbildung geschwächt wird und dass natürlich auch weiterhin dazu gewisse Personen ermutigt oder animiert werden, möglichst lange eben nicht im Berufsleben zu stehen.

Wir glauben deshalb nicht, dass das gut wäre, wenn wir diese Tür für die älteren Personen, für Wiedereinsteiger öffnen würden und bitten Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Selbstverständlich sind wir auch immer bereit, über Ideen zu diskutieren, die dann allenfalls in spezifischen Einzelfällen gewissen Personen begründet zugutekommen würden oder helfen würden, aber eine generelle Öffnung in diesem Bereich für den Universitätszugang lehnen wir ab und wir bitten Sie deshalb im Namen der SVP, FDP und auch LDP diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Wir investieren bedeutende Ressourcen in die Studierenden einer Universität, weshalb der Zugang zu diesen Institutionen selektiv sein muss, da gebe ich Joël Thüring recht. Gleichzeitig hat eine Universität den Anspruch, ihre begrenzten Lehr- und Forschungsmittel nur den fähigsten Studierenden zur Verfügung zu stellen. Gemäss Universitätsgesetz erfolgt diese Selektion über die erfolgreich bestandene Maturitätsprüfung. Auch da gebe ich Joël Thüring recht. Bildungs- und Ausbildungsgänge sowie berufliche Karrieren haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Sie sind dynamischer und durchlässiger geworden. Lebenslanges Lernen ist sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung als auch für die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft zentral.

Ältere Studierende mit beruflicher Erfahrung bringen wertvolles Praxiswissen und eine hohe Motivation mit. Solche Studierende sind oft zielstrebig und können das theoretische Wissen unmittelbar in praxisnahe Kontexte umsetzen. Die Uni Basel kann solche talentierten Studierenden, die wissen, was sie wollen, sehr gut gebrauchen. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, motivierte und berufserfahrene Personen vom Studium auszuschliessen. Flexible Zugangsbedingungen würden zudem die Vielfalt und Qualität der Studierendenschaft erhöhen und der Durchlässigkeit des dualen Bildungswegs gerechter werden. Ich sehe denn auch den Vorstoss eher als Stärkung der Berufsbildung, weil alle Wege auch zu einem späteren Zeitpunkt der Laufbahnplanung offen sind. Andere Schweizer Universitäten kennen diese Handhabung bereits.

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Basel informiert in ihrem Dokument vom Februar 2023, Wege an die Uni ohne gymnasiale Maturität, dass es an den Universitäten Bern, Genf, Freiburg, Neuchâtel, Lausanne und Luzern sowie an der Uni Lugano die Möglichkeit gibt, ohne Matura in bestimmten Fächern zum Bachelorstudium zugelassen zu werden. Dies erfolgt durch spezifische Aufnahmeprüfung und spezielle Aufnahmeverfahren, die an der jeweiligen Fakultät gebunden sind. Auch die ETH und die Universität Zürich bietet für Studiengänge mit Ausnahme von Medizin eigene Aufnahmeprüfungen für Personen ohne Matura an.



Wie ich das Dokument verstanden habe, kann man nach bestandenen Aufnahmeverfahren der Universität Zürich übrigens auch in Basel studieren. Was ich jedoch nicht verstehe, ist weshalb wir in Basel nicht dem Beispiel der anderen Universitäten folgen und ebenfalls Aufnahmeprüfungen für die Zulassung ohne Maturität anbieten und damit die Attraktivität des Studienstandorts Basel zusätzlich steigern.

Die GLP unterstützt daher den Vorstoss zur Prüfung der Aufnahmebedingungen für Studierende. Wir erkennen keinen Nachteil darin, weshalb unter bestimmten Voraussetzungen Studieninteressierte mit alternativen Leistungsnachweisen und reif vom Alter nach Bestehen einer fachspezifischen Aufnahmeprüfung keinen Zugang zu einer universitären Ausbildung erhalten sollen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sandra Bothe-Wenk, nehmen Sie die Zwischenfrage von Eric Weber an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Es geht nicht nur ums lebenslange Lernen bei der Durchlässigkeit vom Bildungssystem, es geht auch darum, dass wir in der Schweiz ein Bildungssystem haben, bei dem die soziale Herkunft eine ganz wichtige Determinante ist über die Berufs- und die Ausbildungsbiografie. Das ist ein Problem. Also je nachdem, in welche Familie ich geboren werde, hat das einen sehr starken Einfluss auf den Beruf und auf den Bildungsweg, den ich einschlage. Indem wir immer wieder an einem Bildungssystem arbeiten, das durchlässig ist, dass die verschiedensten Biografien und Berufsverläufe ermöglicht, arbeiten wir eben auch daran. Diese Durchlässigkeit, die brauchen wir vom Kindergarten bis zum hohen Alter. Diese Durchlässigkeit, an der müssen wir immer dauernd arbeiten und darum geht es eben auch bei diesem Anzug.

Hier geht es jetzt zum Zugang bei den Hochschulen, weil wir wissen, dass der Spät- oder Wiedereinstieg in ein Studium für verschiedene Gruppen deutlich erschwert ist. Der Weg von einem Berufslehreabschluss zu einer Matur auf dem zweiten Bildungsweg ist sehr weit und sehr viele schaffen diesen Weg nicht, je nach Faktoren oder familiären Bedingungen, die man hat, also zum Beispiel, ob man Mutter ist nach der Phase der Kindererziehung, alleinerziehend oder eben auch je nach Herkunft, also ausländische Vorbildungsausweise werden in der Schweiz nur teilweise von den Universitäten anerkannt. Um hier irgendwie auch noch kurz darauf einzugehen, was Joël Thüring genannt hat, es geht ja auch nicht einfach um Menschen, die vorher nicht gearbeitet haben, sondern die vielleicht schon sehr länger im Berufsleben sind und jetzt aber im Sinne des lebenslangen Lernens auch einen Zugang zur Hochschule haben möchten.

Es wurde bereits erwähnt, Sandra Bothe-Wenk hat ausgeführt, welche anderen Hochschulen das in der Schweiz bereits haben. Es geht hier also auch darum, dass Basel am Puls der Zeit bleibt und hier diese Möglichkeit auch eröffnet und nicht irgendwie hintenan bleibt. Da finde ich die Zahlen auch noch spannend. Die Universität Bern hat das Angebot noch relativ neu und in den vergangenen fünf Jahren sind jährlich fünf Personen so zum Studium zugelassen worden und die Anzahl der Personen, die das Zulassungsverfahren angefangen haben, ist einiges höher als die Personen, die dann zugelassen wurden, was auch wirklich aufzeigt, dass das Aufnahmeverfahren weiterhin eine starke Selektion bedeutet. Es ist aufwändig für die Personen, sie müssen sehr viele Kompetenzen nachweisen können, aber doch deutlich weniger aufwendig als das Nachholen einer Matur.

Dann zum Argument, dass es die Berufsbildung schwächt. Man will hier ein bisschen ein AngstszENARIO kreieren, man will vor allem auch die verschiedenen Ausbildungswege ein Stück weit gegeneinander ausspielen. Darum geht es hier wirklich nicht und von einer Schwächung der Berufsbildung zu sprechen, wenn es hier schlussendlich um eine Handvoll Personen geht, die nachher den Zugang zu den Universitäten haben, ja, das finde ich wirklich eigentlich unproportional. Was nicht heisst, dass der Anzug und das Anliegen ganz wichtig ist, weil diese Personen, die dann den Zugang erhalten, für die ist das sehr entscheidend für ihre Berufs- und Bildungsbiografie.

Auch wenn wir diesen Vorstoss überweisen, müssen wir weiterhin an den genannten Themen arbeiten. Wir brauchen ja die Abschlussquoten bei der Sekundarstufe 2, das ist wichtig, wir brauchen in diesem Land auch Menschen, die eine Berufslehre machen, genauso wie wir Menschen brauchen, die einen Uniabschluss machen. Der Vorstoss kann diese Probleme nicht lösen und wir kommen weiter, wenn wir diese Berufsbildungswege nicht einfach immer gegeneinander ausspielen. Besten Dank für die Überweisung.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von Eric Weber nicht an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Auch das GAB möchte diesen Anzug überweisen. Wir unterstützen die Idee des lebenslangen Lernens. Es wurde heute ein paar Mal schon erwähnt, ich finde den Ausdruck lebensbegleitendes Lernen viel schöner, also wir möchten das lebensbegleitende Lernen haben. Jede Person sollte das Recht haben, sich lebenslang weiterzubilden, mehr



Wissen zu erhalten, sich zu qualifizieren und seine Kompetenzen zu erweitern. Es sollen Bedingungen geschaffen werden, die dieses Lernen ermöglichen, sei es durch finanzielle Unterstützung, sei es durch die entsprechende Gestaltung der Erwerbsarbeit oder sei es durch die entsprechende Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen von Ausbildungsstätten und um das geht es ja hier.

Der vorliegende Anzug bezieht sich stark auf den Fachkräftemangel in der Argumentation und er möchte eine gesetzliche Regelung, damit über 30-Jährige unter bestimmten Voraussetzungen und nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung bestimmte Studiengänge der Uni Basel besuchen können. Diese gesetzliche Regelung soll vom Regierungsrat geprüft werden. Es ist ja ein Anzug.

Ich verstehe nicht ganz die Gegenargumente gegen diesen Anzug. Ich frage mich, vor was haben Sie Angst? Offenbar kennen ja verschiedene Schweizer Unis schon solche Regelungen. Mir ist nicht bekannt, dass diese Unis von Studierenden überrannt wurden, die eigentlich in eine Berufslehre gehören, schliesslich würde es ja noch eine Aufnahmeprüfung geben und es ist tatsächlich für Menschen über 30 gedacht. Mir ist auch nicht bekannt, dass das Niveau der Unis darunter gelitten hat, dass eine solche Ausnahmeregelung besteht. Wo bitte also liegt das Problem, dass eine solche Regelung nicht einmal geprüft werden soll. Müssen wirklich alle Menschen die bis jetzt geltenden Bildungswege gehen, um an einer Uni studieren zu dürfen? Warum sollen wir nicht offen sein für neue Möglichkeiten?

Wir finden dieses Anliegen nicht nur im Hinblick auf den Fachkräftemangel, sondern auch unter dem Aspekt des lebensbegleitenden Lernens durchaus prüfenswert und wir möchten den Anzug überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin gegen die Überweisung des Anzuges und ich möchte das begründen und ich möchte auch Bezug nehmen auf meine Vorredner. Sie kennen alle den Begriff, er ist weltberühmt, kein Vorredner hat es gesagt, aber Eric Weber sagt es: der ewige Student. Das möchten wir, die Gegner dieses Anzuges, verhindern, dass es Leute gibt, die das Leben lang studieren und das auf Kosten des Steuerzahlers. Sind Sie sich bewusst, ein Student zieht Fördergelder nach sich und ich möchte nur ein Beispiel sagen von meinen zwei Töchtern. Beide haben einen Job, beide haben nicht studiert, beide haben die Realschule gemacht. Eine ist bei der Spedition und die andere ist bei der Bank.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Eric Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich wollte einfach sagen, die Menschen sind glücklicher, wenn man einen Beruf hat, wenn man gutes Geld verdient und wenn man gutes Geld nach Hause bringt. Sandra Bothe-Wenk hat gesagt, sie sieht in diesem Anzug keinen Nachteil. Ich muss sagen, ich sehe in diesem Anzug einen grossen Nachteil. Barbara Heer hat gesagt, lebenslanges Lernen, aber ich muss einfach sagen, als Journalist und Grossrat Eric Weber, irgendwann muss das lebenslange Lernen, Barbara Heer, beendet sein und dann geht es in einen Job und dann wird Geld verdient, dass man nicht abhängig vom Sozialamt ist. Ich gebe aber Barbara Heer recht, sie hat richtig gesagt, es spielt eine Rolle, in welcher Familie wir geboren sind, das hat Einfluss auf den Beruf. Da gebe ich Barbara Heer vollkommen recht. In dieser Familie, in der man geboren wird, hat es einen grossen Einfluss, was man als Beruf macht. Mein Vater war auch Grossrat, ich bin auch Grossrat, das ist das beste Beispiel, das wird einfach in der Familie übertragen.

Ich muss einfach sagen, es kann auch nicht sein, dass alle studieren. Ich möchte einfach appellieren, auch was die Basler Zeitung uns diese Woche zu diesem Anzug auf den Weg gegeben hat. Die Basler Zeitung hat zwei Sonderseiten gebracht zu diesem Thema Lehre und Studium. Eine Sonderseite von Minu und eine andere Sonderseite von einem Journalist oder eine Journalistin und dort wurde geschrieben, die Bäckerei, in der man die Whisky-Stängeli kaufen kann, macht zu und dort ist gestanden, genau das Problem, das wir jetzt haben. Dort hat es geheissen, das Problem ist, keiner will mehr eine Lehrstelle machen und es wollen nur alle studieren. Und das hat die Basler Zeitung sehr schön geschrieben und das hat mir gefallen, und das, was die Basler Zeitung gesagt hat diese Woche, darf ich da sagen und ich möchte einfach appellieren, überweisen Sie den Anzug bitte nicht, auch ich habe nicht studiert. Ich bin ein glücklicher Mensch. Ich habe auch eine Lehre abgeschlossen und wenn Sie die Basler Zeitung gelesen haben, hat die Basler Zeitung gesagt, es ist ein Problem, dass keiner mehr eine Lehrstelle machen will und das macht einen traurig. Ich bin der Basler Zeitung dankbar, dass sie das geschrieben hat.

Ich gehe zur letzten Rednerin Heidi Mück. Sie hat gesagt, lebenslanges Lernen. Ich bin dagegen. Sie hat gesagt, vor was hat man Angst, eben die Leute, die dann ewig studieren wollen und ich habe Angst, dass dann die Universität Basel überrannt wird. Darum bin ich glücklich, dass ich das sagen konnte und bedanke mich für das Zuhören.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur Anzugsstellerin Edibe Gölgeli.

*Edibe Gölgeli (SP):* Ich bedanke mich für die lebhaften Voten und auch die Fürsprechung über das lebenslange Lernen. Auch bei der Einreichung meines Anzuges habe ich ein starkes Medien- und gesellschaftliches Interesse wahrgenommen. Offenbar entspricht es dem Zeitgeist, dieses Thema stiess auf breite Zustimmung in der Bevölkerung.

In der Tat zeigt unser duales Bildungssystem seine Stärken, wenn man den herkömmlichen Bildungsweg verfolgt. Doch für jene, die später im Leben ein Studium beginnen wollen, aber aufgrund einer nicht bildungsaffinen Umgebung, Elternschaft oder ausländischer Abschlüsse mit zahlreichen Hürden konfrontiert sind, gestaltet sich der Weg schwierig. Es ist daher angebracht, in Basel ein «sur dossier»-Verfahren einzuführen, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und qualifizierte Personen auszubilden. Aus meiner Sicht wäre diese Aufweichung der harten Strukturen ein grosser Schritt in Richtung moderner Bildungslandschaft.

Wir haben es von meinen Vorrednerinnen gehört, die Universität Bern führt seit 2013 das sogenannte Aufnahmeverfahren 30+ durch. Dies beinhaltet einen Kompetenztest, der kognitive Fähigkeiten, Textanalysen und Rechtschreibung überprüft, sowie ein fachspezifischer Eignungstest, um sicherzustellen, dass die Studierenden dem Lehrstoff folgen können. Nochmals zurück zu Bern. Meine Recherchen haben ergeben, dass in Bern im Jahre 1999 schon dieses Anliegen mit einem Postulat der FDP gefordert wurde und die Politik sich anschliessend für die Umsetzung aussprach. Auch die Universität Freiburg verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit diesem Prozess und das «sur dossier»-Verfahren hat sich dort fest etabliert.

Wir revolutionieren nicht das Rad, sondern passen uns den Bedürfnissen der Gesellschaft an, indem wir Menschen, die bisher keine Möglichkeiten hatten, lebenslange und flexible Weiterbildungsmöglichkeiten auf Universitätsebene ermöglichen. Für die Spät- und Wiedereinsteiger\*innen ist es verfehlt, das formalisierte Maturitätsstudium als zentrales Zulassungsinstrument zu verwenden. Vielmehr sollten für Personen ab dem Alter von etwa 30 Jahren die fachspezifischen Voraussetzungen für einen universitären Ausbildungsgang auch durch eine geeignete Aufnahmeprüfung durch Berufspraxis, Familienverantwortung, Auslandsaufenthalte und ähnlichem nachgewiesen werden können.

Und zum Abschluss, es ist nicht korrekt, von einer Nivellierung zu sprechen, da immer noch eine Aufnahmeprüfung im «sur dossier»-Verfahren stattfindet und nicht nur ein einfacher Zugang gewährt wird. Dementsprechend freue ich mich sehr für die Überweisung meines Anzuges.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**61 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003659, ]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 61 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## **27. Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen**

[12.06.24 15:27:06, 24.5142.01]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **28. Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote**

[12.06.24 15:27:32, 24.5143.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie im Namen der SVP- und der FDP-Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicole Amacher führt in ihrem Anzug aus, dass es eine Analyse gab über die Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe. Diese Analyse wurde durch das WSU, durch das zuständige Departement von Regierungsrat Kaspar Sutter im letzten Jahr vorgestellt und es wurde bereits mit der Vorstellung dieser Studie auch seitens des Departements versprochen, dass man natürlich jetzt weitere Massnahmen auch in die Wege leiten wird, um diesen Nichtbezug allenfalls zu reduzieren respektive dort, wo es Lücken gibt, auch darauf hinzuwirken, dass Personen, die heute diesen Nichtbezug oder diesen Anspruch nicht geltend machen, dass diese auch diesen Anspruch durch verbessertes Wissen allenfalls dann auch geltend machen können.

Nun möchte aber Nicole Amacher aus uns unverständlichen Gründen weitere Informationen zu den Folgejahren. Das ist sicher interessant, aber diese Studie ist nun mal jetzt von 2023 und bezieht sich auf diesen Zeitpunkt bis und mit 2020. Um eine solche Analyse auch durchführen zu können, braucht es verständlicherweise einige Jahre und nicht nur ein Jahr und deshalb glauben wir, macht es dann Sinn, dass allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt auch noch einmal über eine Studie ermittelt wird, wie es mit dieser Nichtbezugsquote denn jetzt genau aussieht. Das macht aber aus unserer Sicht erst dann Sinn, wenn man Massnahmen ergriffen hat, die dazu geführt haben, dass dieser Nichtbezug allenfalls auch geringer wird und nicht schon zum heutigen Zeitpunkt.

Die Punkte 3. und 4. im Anzug von Nicole Amacher sind Fragen an den Regierungsrat, die man aus unserer Sicht auch im Rahmen einer Interpellation hätte stellen können, also welche Massnahmen die Regierung bereits umsetzen konnte. Was will der Regierungsrat dazu prüfen und berichten, das kann er Ihnen in einer Interpellation beantworten respektive, Nicole Amacher, Sie dürfen ihn auch in der Fraktionssitzung dazu befragen. Und welche weiteren Massnahmen der Regierungsrat ergreifen will, das hatte er ja angekündigt auch in dieser Medienmitteilung, dass dies ein Thema selbstverständlich ist, dass die Regierung auch Massnahmen ergreifen möchte, um diese Nichtbezugsquote zu senken. Auch das wäre allenfalls jetzt eine Frage, die man im Rahmen einer Interpellation stellen könnte. Hierzu einen Anzug einzureichen, noch dazu an das Departement des Parteikollegen, erschliesst sich aus unserer Sicht nicht.

Wir bestreiten aber nicht, dass das Thema des Nichtbezugs auf der Traktanden- und Themenliste bleiben muss. Hier braucht es aus unserer Sicht verschiedene Massnahmen. Vielleicht braucht es mehr Aufklärung, dass die Menschen, die einen Nichtbezug haben, vielleicht auch wissen, wo sie sich hin melden können. Hier kann ich Ihnen einfach sagen, da wird bereits sehr viel getan. Ich selber habe jemand in meinem Umfeld, der beispielsweise Ergänzungsleistungen erhält und er hat gerade kürzlich einen Brief bekommen vom Kanton in Zusammenarbeit, glaube ich, mit Plusminus, dass er doch etwas bei sich in den Unterlagen überprüfen soll, ob er einen Anspruch dafür hat. Das scheint mir ein sehr guter Weg zu sein und das zeigt ja eben auch, dass Massnahmen auch schon ergriffen wurden.

Und dann ist ein vielleicht zweiter Punkt, der auch dazu führt, dass die Nichtbezugsquote hoch ist, der, dass diese Formulare oft auch sehr umständlich sind. Und das ist etwas, was der Kanton auch ohne Vorstoss selbstverständlich regelmässig überprüfen soll, aber auch sicher überprüft, wie diese Dokumentationen, die man auch einreichen muss, allenfalls geringer werden könnten. Sie könnten vielleicht auch noch etwas digitaler und elektronischer werden und auch vielleicht ganz generell



die Fragestellungen etwas weniger komplex werden. Diese Massnahme scheint aus unserer Sicht dringend anzugehen und hier glauben wir aber auch, dass der Regierungsrat auch mit der Digitalisierungsstrategie sicher nächste Schritte gehen wird, um auch dort Unterstützung zu liefern, dass auch Personen, die vielleicht mit den modernen technischen Geräten etwas weniger versiert sind, hier Unterstützung haben.

Deshalb glauben wir, ist der Anzug vielleicht gut gemeint, nein, nicht vielleicht, er ist gut gemeint, aber er ist in dieser Form nicht notwendig, weil die entsprechenden Verlautbarungen des Departements ja bereits auch so gefallen sind, dass der Regierungsrat diese Nichtbezugsquote in den kommenden Jahren senken will, und dann sind wir auch gerne bereit, zu einem späteren Zeitpunkt mittels einer neuen Studie dann zu prüfen, wie sich dies entwickelt hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Der Anzug von Kollegin Nicole Amacher beschreibt ausführlich und detailliert die Hintergründe zur Problematik des Nichtbezugs von Sozialhilfe sowie von bedarfsabhängigen Sozialleistungen und verweist auf die vom Kanton Basel-Stadt in Auftrag gegebene Studie. Es ist wirklich sehr lobenswert, dass diese Fragestellungen wissenschaftlich untersucht wurden und ich nehme es dem Regierungsrat wirklich sehr ab, dass es ihm ein Anliegen ist, die Nichtbezugsquote zu senken.

Die Resultate, die sind gar nicht toll und müssen zu denken geben. Die Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe in den Jahren 2016 bis 2020 betrug rund 30 Prozent, also fast jede dritte Person, die von Armut betroffen ist und Anspruch auf Sozialhilfe hätte, verzichtet darauf. Es stellt sich zwingend die Fragen, weshalb ist das so, wie kommen diese Menschen über die Runden und wie sieht ihre Schuldensituation aus. Und auch bei den bedarfsabhängigen Sozialleistungen präsentiert sich leider ein ähnliches Bild, 29 Prozent verzichten auf Ergänzungsleistungen, fast jeder vierte verzichtet auf die Mietzinsbeiträge für Familien und knapp jeder fünfte auf die Prämienverbilligung, obwohl sie eigentlich Anspruch hätten.

Wir haben also ein soziales Sicherheitsnetz, das gut ausgebaut ist, aber trotzdem nicht alle erreicht und dies führt zu sozialen und gesundheitlichen Folgeproblemen. Es kann nicht unser Ziel sein, und ich gehe davon aus, dass das alle hier drin teilen, dies zu akzeptieren oder gar positiv zu bewerten. Das Problem des Nichtbezugs von Sozialleistungen ist auch aus anderen Städten bekannt, beispielsweise Zürich oder Bern, dort ist die Nichtbezugsquote teilweise sogar noch höher.

Die Gründe liegen klar auf dem Tisch und werden bei allen gemachten Studien genannt. Der Hauptgrund ist die Reform des Ausländer- und Integrationsgesetzes von 2019. Seitdem ist es möglich, dass aufgrund Armutsbetroffenheit der Aufenthaltsstatus oder die Niederlassungsbewilligung in Frage gestellt werden kann und Rückstufungen drohen. Der Bezug von Sozialhilfe kann also zu Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Nur verständlich, dass dies Angst vor Behörden, psychischen Stress, Krankheit, Verschuldung, etc. verursachen kann und es erstaunt ja dann nicht wirklich, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergründen auf ihr Recht auf Sozialhilfe verzichten.

Wichtig zu betonen ist, dass damit gerechnet werden muss, dass seit der Covidpandemie ab 2020 der Effekt des Nichtbezugs sich weiter vergrössern wird. Die Sozialhilfequote sank damals, aber die Zahl der Anspruchsberechtigten stieg. Und genau deswegen ist es wichtig, an diesen Fragen dranzubleiben und genau deswegen ist die Überweisung des Anzugs mehr als logisch. Auch die nationale Politik sieht dieses Thema als gegeben an, denn im Frühjahr 2023 hat das Parlament der parlamentarischen Initiative Armut ist kein Verbrechen zugestimmt. Also auch hier auf nationaler Ebene wird dieses Problem klar und deutlich adressiert und erkannt.

Was die Resultate der Studien auch aufzeigen, und das ist mir persönlich wichtig, dass nicht einfach die politische Abkürzung genommen werden kann oder behauptet wird, weil die Sozialhilfequote in Basel in den letzten Jahren gesunken ist, besteht keine grosse Armut mehr bzw. ist in Basel Armut kein Thema mehr. Aufgrund der hohen Nichtbezugsquote ist eine solche Aussage einfach falsch. Für eine soziale Stadt wie Basel ist eine hohe Nichtbezugsquote ein Armutszeugnis und wir müssen alles unternehmen, um dies besser zu verstehen und entsprechende Massnahmen einzuleiten, um die Quote zu senken. Denn es ist offensichtlich, und da gebe ich Kollege Joël Thüring auch recht, dass auch prozessuale und strukturelle Gründe zum Nichtbezug führen. Also zu komplizierte Anmeldeverfahren, Subsidiaritätsschranken und restriktive Definitionen von Ansprüchen. All das kann auch dazu führen, dass das Recht auf Sozialhilfe, den Anspruch auf Sozialhilfe nicht gemacht werden kann. Was ich im Gegensatz zu Joël Thüring wahrscheinlich bestreiten werde, ist, dass mit einer Digitalisierungswelle diese Menschen wirklich erreicht werden. Genau hier haben wir oft das Problem, dass alles nur noch digitalisiert wird und diese Menschen eben nicht erreicht werden und deswegen denke ich, müsste man das genauer betrachten. Allenfalls kommt man dann wirklich auf ein anderes Resultat.

Das Grün-Alternative Bündnis ist klar der Meinung, dass eine vertiefte Analyse über die Gründe des Nichtbezugs wichtig ist und bleibt und auch in Zukunft genauer angeschaut werden muss. Wir bitten Sie, den Anzug zu überweisen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Anzugsstellerin Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Danke für diese Diskussion und danke, dass Sie eigentlich das Anliegen mit mir teilen, auch die SVP und ich nehme an die FDP, obwohl Sie sich jetzt nicht für die Überweisung aussprechen. Ich möchte trotzdem nochmal begründen und zum Teil vielleicht auch noch was wiederholen. Ich danke natürlich auch der Regierung, dass sie diese Studie schon mal gemacht hat und dass sie auch den Anzug entgegennehmen möchten.

Ich glaube, wir sind uns hier drin einig, wir haben ein wirklich sehr gut ausgebautes Sozialsystem und wir haben das bewusst aufgebaut und installiert, um Menschen vor Armut zu schützen. Es ist für alle da und gemäss den aktuellen Richtlinien können es alle in Anspruch nehmen, die das brauchen. Es ist allen von uns gutes Recht, wenn wir das brauchen, es zu beanspruchen. Deshalb sehe ich es als unser politischer Auftrag, jetzt alles und das Bestmögliche zu tun, dass diese Leistungen auch wirklich bezogen werden, denn nur dann können sie ihre Wirkung entfalten, für die sie auch gedacht sind und von uns als Gesetzgeberin so installiert wurden.

Aber eben, und das hat jetzt auch Oliver Bolliger schon gesagt und sogar Joël Thüring hat das gesagt, es gibt offensichtlich sehr hohe Hürden und trotz diesem gut ausgebauten System lebt ein grosser Teil der Bevölkerung quasi am Rande oder unter dem Existenzminimum, weil ebendiese Hürden zu gross sind. Und das zeigt sich deutlich nieder in den hohen Nichtbezugsquoten, das hat Oliver Bolliger vorher auch erwähnt. Bei der EL sind es quasi zur AHV und IV 29 Prozent, bei den Mietzinsbeiträgen 23 Prozent und 19 Prozent auch bei den Prämienverbilligungen und das obwohl diese Prämien immer schmerzhaft weiter ansteigen und diese bei den Menschen mit tiefem Einkommen oft weit über mehr als ein Drittel von ihrem verfügbaren Vermögen verzehrt, wenn sie die Leistungen nicht beziehen, die sie eigentlich zugute haben.

Es ist also unsere politische Pflicht, rasch und wirksam den Bezug der bedarfsabhängigen Sozialleistungen deutlich niederschwelliger zu gestalten und nicht nur das, ich finde es auch extrem wichtig, die Menschen im jeweiligen Antragsverfahren aktiv zu unterstützen, weil eben viele Menschen sehr überfordert sind. Das hat Joël Thüring auch gesagt, es ist kompliziert. Also ich weiss nicht, wer von Ihnen schon einmal einen Prämienverbilligungsantrag gestellt hat oder einen EL-Antrag, es ist nicht so einfach und da sind viele Leute extrem überfordert.

Jetzt möchte ich aber auch noch zur Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe sprechen, weil das macht mir wirklich Sorgen. Im Jahre 2020 sank die Sozialhilfequote, was oft als Erfolg oder erfreulich dargestellt wird, aber ich finde, das ist eine gefährliche Schlussfolgerung. Wieso ist das denn so? Der Fakt ist, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten parallel dazu eigentlich gestiegen ist und das ist sehr bedenklich. Also nochmal, im Jahr 2020 stieg die Nichtbezugsquote von 30 auf 33 Prozent an und das zeigt uns deutlich, dass eigentlich dieses letzte Netz bei den Menschen ungenügend ankommt, die es am dringendsten brauchen.

Es ist sicher nicht förderlich, dass der Bezug von Sozialhilfe so unwürdig stigmatisiert wird in unserer Gesellschaft, aber eben auch das Nichtwissen über den rechtlichen Anspruch und darüber, dass der Bezug in Notsituationen berechtigt und durchaus sinnvoll ist, um weitere negativen Folgen für die Individuellen, also für die Menschen zu verhindern, wie Verschuldung oder negative gesundheitliche Auswirkungen. Aber auch für uns als Gesellschaft ist es besser, auch finanziell und ökonomisch gesehen, wenn die Leute in dem Moment das Geld in Anspruch nehmen, weil die Folgekosten von gesundheitlichen Schäden und Überschuldung auch für uns dann langfristig schwerer zu tragen ist.

Danke, dass Sie das unterstützen. Ich bin der Meinung, es ist notwendig zu überweisen und das werden Sie auch tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003662, 12.06.24 15:42:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## **29. Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse**

[12.06.24 15:43:01, 24.5146.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Es kann ja irgendwie nicht sein, dass für jede Strasse, für jeden Strassenzug jetzt ein neuer Vorstoss gemacht wird, um hier die Parkplätze wegzubekommen oder um einen neuen Velostreifen hinzuziehen. Da gibt es ja wirklich übergeordnete Planungen und Pläne, es gibt auch jede Menge Vorstösse dazu, das reicht nun wirklich. Wir sehen es eigentlich nicht ein, dass man hier nun auch noch für die Ahornstrasse, speziell für die Ahornstrasse einen eigenen Anzug braucht.

Kommt dazu, dass dieser Anzug nun schon etwas unehrlich ist, um es mal etwas höflich zu sagen. Wir haben in der Mäi-Sitzung über die Sanierung oder Renovierung oder wie auch immer, Kaputtsanierung, haben wir es, glaube ich, damals genannt, die dagegen waren, des Allschwilerplatzes geredet. Dort wurde auch über Wegfall von Parkplätzen, über Tempo, 30, usw. geredet, vor allem in der Allschwilerstrasse und der Weiterführung Richtung Morgartenring und es wurde aber ausdrücklich gesagt, der Verkehr soll dann über die Ahornstrasse abfliessen, vor allem der MIV, der motorisierte Individualverkehr. Nachdem wir jetzt gesagt haben, alles ringsum soll also velofreundlich sein, unter anderem um die Allschwilerstrasse, wo die Parkplätze schon weggefallen sind, wo Tempo 30, glaube schon ist oder noch kommt, hat man gesagt, dafür hat ja der motorisierte Verkehr die Möglichkeit, die Ahornstrasse zu benutzen. Man hat dann gesagt, dass man speziell für die Velofahrer und für die Fussgänger die Sicherheit an der Allschwilerstrasse verbessert, den Allschwilerplatz verbessert und dass der motorisierte Verkehr über die Ahornstrassen soll.

Das wurde so beschlossen mit Mehrheit. Wir waren dagegen, wir sind unterlegen, sowas kommt vor. Und jetzt kommt also, dass das, was damals gesagt wurde, nämlich der motorisierte Verkehr dafür über die Ahornstrasse, nun kommt man mit einem neuen Anzug, wo man es auch dort drin hat. Es erinnert ein bisschen an die Rede eines Anwalts vor Gericht, der zum Richter sagt: Sie haben meinen Mandanten das letzte Mal strafverschärfend verurteilt, weil er am helllichten Tag eingebrochen ist. Jetzt verurteilen Sie ihn strafverschärfend, weil er bei finsterner Nacht eingebrochen ist. Ja, wann soll dann mein Mandant noch einbrechen? Nun, einbrechen ist bekanntlich verboten, Autofahren noch nicht, obwohl das einige gerne hätten, aber man muss wirklich nun mal fragen, wo bitte soll man dann mit dem Auto noch vernünftig durchfahren, wenn jede Ausweichroute, die Sie noch in der letzten Sitzung zugestanden haben, nun eben auch blockiert werden.

In diesem Sinne, diesen wirklich unehrlichen Anzug bitte ich abzulehnen resp. nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich spreche für meine eigene Fraktion und zugleich auch für die SP. Wir werden diesen Vorstoss überweisen. Die Ahornstrasse ist heute Tempo 50, sie ist gleichzeitig eine Pendlerroute, die im Teilrichtplan Velo eingetragen ist. Eine Veloroute auf Tempo 50 ohne Velomassnahme, wie es heute dort auch der Fall ist, ist aus Velosicht für die Sicherheit der Velofahrenden ein No-Go. Es gibt viele Gründe, dass die Ahornstrasse sicherer sein sollte. André Auderset hat es erwähnt, der Allschwilerplatz ist eine Entwicklung, er soll mehr belebt werden, das Quartierzentrum Oekolampad, das sich dort entwickelt, die Strasse geht dort mitten durch.

Ich möchte gerne auf André Auderset kurz auch erwidern, wir haben in der UVEK damals abgeklärt, ob das Projekt des Allschwilerplatzes auch vereinbar ist mit Tempo 30. Das ist es. Wir befinden uns nicht im exakt selben Perimeter, die gesamte Ahornstrasse wird hier gefordert, dass sie velosicherer werden soll, und nicht einfach nur dieser kleine Abschnitt, der über den Allschwilerplatz geht. Es gibt zudem ein überwiesener Vorstoss für ein Gesamtkonzept Tempo 30, wo Tempo



30 zu Standard werden soll, von meinem Parteikollegen Raphael Fuhrer und daher ist Tempo 30 eine absolut adäquate und gerechte Forderung.

Weiter, denke ich, ist wichtig, dass die Ahornstrasse Velomassnahmen erhält, Tempo 30, Velostreifen, weil das eine sehr wichtige Route ist für viele Menschen, die mit dem Fahrrad von A nach B fahren. Sie ist deshalb auch im Teilrichtplan eingetragen. Es befinden sich auch Schulhäuser in der Nähe, es ist also auch eine Schulwegroute und es ist daher unabdingbar, dass man dort Massnahmen prüft.

Frustrierend finden wir, dass es dazu einen Extravorstoss braucht, da stimme ich André Auderset tatsächlich auch zu. Wir haben eine im Richtplan eingetragene Pendlerroute, die ist verbindlich, der Richtplan existiert seit mehreren Jahrzehnten und nach wie vor müssen wir im Grossen Rat immer wieder mit Vorstössen Einzelmassnahmen einfordern, weil der Richtplan nicht adäquat umgesetzt wird. Das ist frustrierend und das würden wir uns anders wünschen, solange das aber nicht der Fall ist und wir da nicht weiterkommen, braucht es solche Vorstösse.

Wir haben zudem auch Klimaziele, sichere Veloverbindungen sind wichtig. Es ist uns allen ein Anliegen, das wir Velofahren für Menschen ermöglichen im Alter von 8 bis 80 Jahren. Wenn Sie sich vorstellen, dass jemand 80-Jähriges oder auch ein 10-jähriges Schulkind auf einer Tempo 50 Strasse fährt ohne Velomassnahme, dann ist klar, die Menschen fühlen sich dort nicht sicher. Für mich geht es vielleicht mit meinen 31 Jahren, aber es soll Velofahren für alle auch ermöglicht werden.

Kommt hinzu, es gibt das Bundesgesetz zu den Velowegen. Dieses besagt, dass die Kantone Velowegnetze machen müssen, umsetzen müssen, die Velowegnetze sollen sicher sein, sie sollen durchgehend sein, die sollen getrennt vom MIV sein, wo immer möglich, sie sollen attraktiv sein, zusammenhängend direkt, das können Sie alles nachlesen in Artikel 6 des Veloweggesetzes und wir sind in Basel-Stadt noch weit davon entfernt. Die Ahornstrasse ist Teil des heutigen Velowegnetzes. Wir haben in Basel-Stadt ein Velowegnetz von 210 Kilometern, 35 Kilometer davon sind Strecken, die auf Tempo 50 Strassen sind ohne Velomassnahmen, das sind 17 Prozent des ganzen Netzes. Ich denke, so wird es schwierig, dass wir noch mehr Menschen aufs Velo bringen und ich denke, das ist keine Velopolitik für alle von 8 bis 80.

Daher ist es wichtig, dass wir auch weiterhin dranbleiben, auch mit Einzelvorstössen wie diesem und wir freuen uns, wenn diese heute überwiesen wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Raffaella Hanauer, Roger Stalder möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Roger Stalder (SVP):* Raffaella Hanauer, jetzt aber wirklich die Frage, was ist nicht sicher? Zehn Jahre fahren dort alle miteinander durch, es wird auch parkiert, was ist nicht sicher an dieser Strasse?

*Raffaella Hanauer (GAB):* Wurden Sie schon mal mit Tempo 50 auf dem Fahrrad von einem Auto zu nahe überholt? Dann wissen Sie wahrscheinlich, was ich meine mit nicht sicher.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

*Lukas Bollack (GLP):* Mit Tempo 50, beidseitiger Autoparkierung und ohne Velostreifen ist die Ahornstrasse betreffend Sicherheit und Attraktivität für den Veloverkehr angesichts dessen, dass es sich gemäss Teilrichtplan Velo um eine Pendlerroute, teilweise auch um eine Alltagsroute handelt, vielleicht nicht ausreichend. Da muss ich mich Raffaella Hanauer anschliessen. Hier muss auf jeden Fall etwas passieren. Wir Grünliberalen unterstützen deshalb den vorliegenden Anzug. Er ist sehr offen formuliert und lässt dem Regierungsrat alle Freiheit, eine gute Lösung für die Verbesserung der Situation für die Velofahrer\*innen zu finden.

Wichtig ist uns, dass parallel dazu die bestehenden Anstrengungen zur Schaffung von unterirdischen Parkmöglichkeiten mit Nachdruck vorangetrieben werden, da an der Allschwilerstrasse sowie durch die anstehende Umgestaltung des Allschwilerplatzes schon zahlreiche Parkplätze aus dem Quartier verschwinden. Für die wirklich notwendigen Autoparkplätze kann so sicherlich eine gute Lösung gefunden werden, ohne dass man wie bisher die Sicherheit und den Komfort der Velofahrer\*innen opfert.

Ich bitte Sie deshalb, für die Überweisung des Anzugs zu stimmen und bedanke mich.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Möchten Sie die Zwischenfrage annehmen? Sie wird angenommen.



*Roger Stalder (SVP):* Lukas Bollack, wo unter den Boden? Jean-Luc Perret hat ja selber das Tschudi-Parking versenkt. Wo wollen Sie unter den Boden?

*Lukas Bollack (GLP):* Da muss die Regierung eine Lösung finden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Anzugssteller Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich fasse nur noch kurz zusammen. In der Tat, der Anzug steht in einem Zusammenhang mit dem UVEK-Geschäft zur Umgestaltung des Allschwilerplatzes. Es ist ja in der Aufregung fast etwas untergegangen, aber André Auderset hat jetzt nochmal gesagt, die Verkehrsführung wird verändert, und zwar so, dass der Hauptverkehrsstrom weniger in die Allschwilerstrasse, sondern mehr in die Ahornstrasse geht. Das ist aber nicht neu, dass das so geht, schon seit an der Allschwilerstrasse entlang der Tramlinie die Parkplätze aufgehoben wurden, ist die Route unter Velofahrern viel beliebter geworden. Das ist auch nicht verwunderlich. Das ist ein attraktiver Weg und viele Menschen aus Basel West und Allschwil fahren dort in die Innenstadt.

Wenn man dann aber in die Ahornstrasse kommt, dann ändert sich das Bild. Die Fortsetzung erfüllt die Kriterien für eine sichere und komfortable Veloverbindung, wie gesagt, nicht. Beidseitige Parkierung, Höchstgeschwindigkeit 50, wir haben es gehört, es ist unangenehm, dort zu fahren, auch wenn jetzt nicht dauernd Unfälle passieren, aber es ist einfach ein latentes Gefühl von Unsicherheit und die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, die blockieren sich da auch gegenseitig. Und dies, obwohl die übergeordneten Pläne ja da sind, man müsste sie nur noch umsetzen und ich finde es auch ein bisschen schade, dass es einen Einzelvorstoss braucht für diese Strasse.

Dann ja, André Auderset, wir wollen ja den MIV nicht weg haben, Sie haben das falsch formuliert, wie wollen die Parkplätze weg haben, da kommen Sie sogar schneller voran mit Ihrem Auto, wenn Sie dort durchfahren. Also es ist eigentlich ein Gewinn für alle.

Und wenn man dann den Anzug noch ganz genau liest, dann liest man, dass da nur eine Prüfung von Massnahmen gefordert wird, aber es ist nichts vorgegeben, es ist nur eine Auflistung, was alles möglich wäre. Also es ist nicht so, dass ich mich jetzt gegen einen Velostreifen und Parkplatzabbau wehren würde, keinesfalls, aber im Anzug steht das so nicht. Es steht nur, es sollen Massnahmen geprüft werden und da gehört auch Tempo 30 dazu, das wäre auch schon eine deutliche Verbesserung.

Also Sie sehen, es bleibt noch vieles offen, es gibt keinen Grund, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen dafür.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Daniel Seiler darf fragen.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich hätte schon wieder zwei Fragen. Sind Sie dann bereit, darüber zu diskutieren, jetzt wo die Allschwilerstrasse nicht mehr so wichtig ist, dass man da vielleicht den einen oder anderen Parkplatz wieder hinmachen könnte, damit das Gewerbe dann auch wieder ein bisschen Zufriedenheit hat?

*Jean-Luc Perret (SP):* Nein, das bin ich nicht, weil die Parkplätze sind aus Sicherheitsgründen entfernt worden. Ich bin nicht dafür, dass man das wieder rückgängig macht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

## Ergebnis der Abstimmung



**50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003664, 12.06.24 15:57:10]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### 30. Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle

[12.06.24 15:57:19, 24.5159.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Ich darf auch im Namen der SVP diesen Anzug bestreiten. Selbstverständlich sind Velodiebstähle ein Problem, ein grosses Problem in unserem Kanton. Sie sind ärgerlich, sie sind mühsam und natürlich ist die Polizei verantwortlich für die Strafverfolgung. Und zusätzlich, weil das Problem so gross ist, sind auf dem Markt Lösungen entstanden, wie man zusätzlich zur Sicherheit beitragen kann. Es sind genau die Angebote, die jetzt auch hier von diesem Anzug vorgeschlagen werden, insbesondere die Velovignetten, und wie wir auch nachlesen können, die Velocodierungen, die gerade bei uns in unmittelbarer deutscher Nachbarschaft angeboten werden.

Beides ist heute verfügbar, beides wird von Privaten angeboten und ja, beides ist kostenpflichtig. Wem sein Velo etwas wert ist, dem darf man zumuten, dass er auch ein bisschen etwas in die Sicherheit investiert. Warum müssen jetzt diese beiden Angebote kostenlos werden zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? Warum muss man ein Angebot eines privaten Anbieters zunichtemachen, eventuell sogar seine wirtschaftliche Existenz gefährden? Keiner käme auf die Idee, wegen der hohen Zahl von Einbruchdiebstählen gratis Alarmanlagen verteilen zu lassen. Diese Denkweise, dass etwas nur dann gut ist und nur dann etwas bringt, wenn es kostenlos vom Staat angeboten wird, diese Denkweise, die stört mich, die stört uns extrem.

Es kommt hinzu, aktuell haben wir bekanntlich grosse Ressourcenprobleme bei unserer Polizei und da müssen Sie sich die Frage stellen, wollen wir jetzt wirklich der Polizei noch zusätzliche Aufgaben übertragen, die, wie gesagt, nicht neu sind, sondern die es bereits gibt, sie werden einfach heute von Privaten erledigt. Ist das jetzt wirklich notwendig, hier der Polizei zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zusätzliche Aufgaben zu übertragen und private wirtschaftliche Existenzen in Frage zu stellen?

Wir meinen nein und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug entschieden abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

*Lukas Bollack (GLP):* Velodiebstahl ist ein grosses Problem in unserem Kanton. Vielen hier im Raum ist sicher auch schon einmal ein Velo weggekommen. Das ist zum einen durch die Lage an der Grenze bedingt, welche den Diebstahl einfacher macht als anderswo, zum anderen aber auch dadurch, dass viele Menschen keinen sicheren Abstellplatz für ihr Velo haben, zum Beispiel, weil sie in einem Mehrfamilienhaus wohnen, das keine oder nicht genügend Abstellplätze bietet. Sie sind auf Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum angewiesen, diese sind aber an vielen Orten nicht in ausreichender Zahl verfügbar und bieten nicht die Möglichkeit, das Velo anzuketten.

Wir Grünliberalen finden es sinnvoll, wenn das Instrument der Velovignetten vom Regierungsrat geprüft wird. Dabei muss auf jeden Fall in Betracht gezogen werden, ob die Vignette auch dann noch etwas bringt, wenn das Velo nach Frankreich oder



Deutschland transportiert wurde, was ja sehr oft der Fall ist. Sehr gut finden wir, dass der Anzug auf die Prüfung weiterer Massnahmen gegen Velodiebstähle fordert und möchten anregen, dass die Regierung hier ein besonderes Augenmerk auf zusätzliche und bessere Abstellmöglichkeiten für Velos im öffentlichen Raum setzt.

Die Fraktion der Grünliberalen wird deshalb für Überweisung stimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit ist die Jérôme Thiriet an der Reihe.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Ich darf auch für die SP sprechen. Es wiederholt sich hier auch ein Stück weit, ich habe auch schon Vorstösse in diese Richtung gemacht. Ich bin darum sehr froh, dass einmal ein Vorstoss von einem Polizisten kommt, das heisst, dass er effektiv die Problematik auch sieht und offenbar auch kein hoher Mehraufwand, um die Argumente von Luca Urgese ein bisschen zu entkräften. Lukas Bollack hat es eigentlich auch gesagt, die Velodiebstähle und vor allem die ganz geringe Aufklärungsrate ist ein Riesenärgernis in der Bevölkerung. Ich höre das auch immer wieder und mir ist eigentlich jede Bemühung recht, wenn man versucht, dem entgegenzuwirken. Wie gesagt, meine Vorstösse und weitere Vorstösse aus der grünen Fraktion sind jeweils abschlägig beantwortet worden und vielleicht helfen ja die Velovignetten respektive die Rahmennummern, um die Aufklärungsrate ein bisschen zu erhöhen. Ich glaube, das ist im Sinne von uns allen und vor allem auch im Sinne der Versicherungen, die ja dann jeweils auch hohe Summen zurückzahlen müssen.

Von dem her, bitte diesen Anzug überweisen und dann schauen, was von der Regierung kommt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit ist der Anzugssteller Christoph Hochuli an der Reihe.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Jeder Velodiebstahl ist einer zu viel. Im Jahr 2023 gab es im Kanton Basel-Stadt 5'071 zu viele Velodiebstähle, denn diese Anzahl Velos wurde tatsächlich gestohlen und beanzeigt. Gegen diese extrem hohe Zahl müssen wir als Kanton unbedingt noch mehr unternehmen. Der beste Velodiebstahlschutz ist natürlich ein gutes Veloschloss, bestenfalls schliessen wir es an einem Veloständer oder Geländer an. Velodiebe benutzen aber oft Akku-Trennscheiben und Bolzenschneider, um die Schlösser zu knacken. Kürzlich nahm ich als Polizist eine Anzeige entgegen, wo ein Mountainbike aus einem Kellerabteil gestohlen wurde, welches mit einem Veloschloss an einer Verankerung an der Kellermauer angeschlossen war. Velos werden also auch gestohlen, wenn sie gut gesichert sind.

Hier soll mein Anzug etwas Hoffnung bringen. Ich bitte damit den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob im Kanton Basel-Stadt, wie im Kanton Basel-Landschaft bei allen Polizeiposten und Velofachgeschäften ebenfalls kostenlose Velovignetten abgegeben werden können oder ob alternativ Velocodierungen angeboten werden können. Bei den Velovignetten könnten wir uns der Firma anschliessen, die diese anbietet, wie das auch der Kanton Basel-Landschaft getan hatte. Da würde man also die Privatwirtschaft unterstützen und nicht konkurrenzieren, wie das vorhin bemängelt wurde. Der Aufwand für die Polizei wäre auch klein, in Baselland liegen diese Velovignetten einfach am Polizeiposten auf den Tresen, die man dann mitnehmen darf.

Die Velovignetten mit QR-Code oder die Velocodierungen haben zwei Wirkungen. Einerseits sollen sie im besten Fall einen Dieb vom Velodiebstahl abhalten und andererseits kann der oder die Besizende des Velos schnell auffindig gemacht werden, wenn ein offensichtlich besitzerloses Velo irgendwo aufgefunden wird. Auch bei Polizei- oder Zollkontrollen kann mit der Vignette oder Codierung einfach und schnell festgestellt werden, wem das Velo gehört oder ob es als gestohlen gemeldet wurde.

In meinem Anzug schlage ich auch vor, dass der Regierungsrat eine finanzielle Beteiligung durch Versicherungen abklärt. Ich bin überzeugt, dass Velovignetten und Codierungen auch sehr im Interesse der Versicherungen sind und diese deshalb bestimmt motiviert werden könnten, sich an den Kosten zu beteiligen.

Ich bitte Sie, auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.



## Ergebnis der Abstimmung

**69 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003666, 12.06.24 16:06:23]

## Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 69 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

## 31. Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischer Familien mit Saisonier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

[12.06.24 16:06:29, 24.5160.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Im Namen der SVP- und LDP-Fraktion darf ich die Überweisung des Anzuges bestreiten. Ich habe zugegebenermassen sehr viel gelernt, als ich diesen Anzug durchgelesen habe, aber nicht wirklich verstanden, was jetzt genau der Kanton tun soll, wenn wir diesen Anzug überweisen.

Es gibt eine Studie, welche sich mit dieser Thematik schweizweit befasst und dieses Thema aufgreift. Wir haben einen Verein, welcher sich mit dieser Thematik befasst im Kanton Basel-Stadt und nun soll der Kanton ein zusätzliches Projekt starten und in diesem Projekt eine zusätzliche Studie lancieren, um dieses Thema wieder aufzugreifen. Und da frage ich mich, soll jetzt der Kanton mit diesem Verein konkurrenzieren oder soll der Kanton diesen Verein subventionieren, wie sieht das aus. Für uns sieht das eher etwas nach Verwaltungsbeschäftigung aus und hier sind wir schon der Meinung, wir können gerne darüber reden, dass wir die Geschichte über die Schweiz und auch selbstverständlich die Migration und die Zuwanderung in den Schulen mehr thematisieren, wir können auch sehr gerne dieses Thema aber auch der Universität überlassen, welche hier diesen wissenschaftlichen Beitrag liefert, oder auch den Museen, wenn gewisse Veranstaltungen oder Ausstellungen in diesem Bereich spannend sind.

Aber jetzt hier wirklich für eine Thematik den Kanton zu beschäftigen, dass er ein Projekt startet und eine Studie in Auftrag gibt, das empfinden wir als der falsche Weg und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin für die Überweisung des Anzuges und möchte das auch sachlich begründen. Ich habe den ganzen Anzug durchgelesen, Sie werden sich jetzt fragen, Eric Weber macht eine Wandlung. Es tut mir leid, was damals passiert ist, was in diesem Anzug steht. Ich habe mich auch oft entschuldigt als Vertreter von dieser Partei von damals, obwohl ich damals noch nicht Grossrat gewesen bin.

Ich kann mir kurzfassen, aber ich habe alles gelesen und es ist Zufall, auf der Tribüne sitzen zwei Zeitzeugen. Sie kennen das vom Fernsehen, Zeitzeugen. Ich kenne beide Frauen, beide sind über 70, beide sind in Italien geboren, heute Schweizer und sie haben mir ihre Geschichte erzählt. Sie haben damals bei der Fremdenpolizei gezittert, obwohl sie gearbeitet haben. Und das ist wichtig, ich unterscheide immer, wer gearbeitet hat und hier viel gemacht hat. Es ist bekannt, dass die Fremdenpolizei damals streng gewesen ist und ich bin diesen zwei Zeitzeugen auf der Tribüne dankbar, was sie auch geleistet haben und was da im Anzug steht.



Ich bin für diesen Anzug. Sicherlich geht es in der Geschichte dieses Anzugs auch um die Gründung meiner Partei, die damals wegen diesem Anzug, wegen diesen Sachen entstanden ist. Im Anzug wurde nicht erwähnt, vielleicht sind die Leute zu jung, ich weiss es nicht, aber doch, es sind auch welche mit meinem Jahrgang, Sie wissen, dass damals, und da wurden wir als Schweizer schlecht dargestellt, die Italiener zu Zehnt in einem kleinen Zimmer gewohnt haben in Kleinbasel. Sie haben zu Zehnt in einem Zimmer geschlafen und das wurde im Anzug vergessen. Man kann auch in den Zeitungen lesen, das waren wirklich damals menschenunwürdige Zustände. Die Italiener, die damals gekommen sind, das stimmt, das weiss ich, hatten es nicht einfach, haben sich aber hochgearbeitet und wurden Schweizer. Im Anzug steht, dass im Kanton Basel-Stadt und Baselland schweizweit zahlenmässig die grösste Gruppe der Migranten aus Italien in der Schweiz war. Aber ich glaube, die Anzugsstellenden haben Zürich vergessen, in Zürich gab es auch sehr viele Italiener.

Ich bin für diesen Anzug, aber was mir in diesem Anzug fehlt, wo soll die Studie zum Thema Italiener in der Schweiz, die jetzt Schweizer sind, präsentiert werden? Also wo soll die Studie, die da verlangt wird, präsentiert werden? Soll das im Museum stattfinden oder soll das eine Ausstellung sein? Ich bin diesen Italienern dankbar, die hier geholfen haben, und es tut mir leid, auch im Namen meiner Partei damals, Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, dass es diese Auseinandersetzungen gegeben hat. Es war eine schlimme Zeit, nicht einfach, aber heute sagen wir, die Leute sind patriotisch und ich habe mich entschuldigt und die Leute haben alle gearbeitet.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

*Zaira Esposito (SP):* Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen, stellte Max Frisch im Jahr 1965 fest. Das Zitat entstand aus der kritischen Auseinandersetzung von Frisch mit der damals herrschenden Migrationspolitik. Es war die Zeit der sogenannten Gastarbeitenden. Es war die Zeit der ersten Überfremdungsinitiative, die schon vorhin auch erwähnt wurde. Es war die Zeit, als viele Menschen aus Südeuropa in die Schweiz gekommen sind als Arbeitskräfte. Es war die Zeit der sogenannten versteckten Kinder.

Es ist immer noch ein dunkles Kapitel der Schweizer Migrationspolitik und ja, es ist an der Zeit, uns öffentlich damit auseinanderzusetzen. Blenden wir zurück, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Rui, Giuseppe, Maria oder Ivana, die kommen aus unterschiedlichen Ländern Südeuropas. Sie sind als Kinder von Saisonier in die Schweiz gekommen. Ihr gemeinsames Schicksal, fragen Sie sich vielleicht, sie alle sind im schulpflichtigen Alter und leben in diesem Land versteckt. So wie für Giuseppe, Ivana oder Maria besteht auch für Rui die Schweiz aus zwei Betten, einem Schrank, einer Kommode und vier Stühlen. Das Zimmer ist seine Welt. Kindsein bedeutet für ihn stillsitzen und schweigen, denn niemand darf wissen, dass es ihn gibt. Seit vier Jahren lebt er mit seinen Geschwistern im Verborgenen.

Tausende Kinder von Saisonier haben in der Schweiz seit der Einführung des Saisonierstatuts im Jahr 1934 die gleiche traumatische Erfahrung wie Rui erlebt. Andere haben ihre ganze Kindheit getrennt von ihren Eltern verbracht. Sie haben bei Verwandten, oft bei Grosseltern in ihrem Herkunftsland gelebt. Dies, weil ihnen die Schweiz keine andere Wahl liess, denn der Familiennachzug war für Saisonier verboten. Eine vor kurzem publizierte Untersuchung schätzt, dass eine halbe Million Kinder von Gastarbeitenden getrennt von ihren Eltern, ihre Kindheit verbracht haben. 50'000 Kinder haben in der Schweiz als sogenannte versteckte Kinder gelebt. Das Schicksal dieser Kinder hat viele Familien stark geprägt und das tut es immer noch. Denn es ist lange her, doch die Wunden der Vergangenheit, nein, sie sind nie ganz verheilt.

In der Schweizer Öffentlichkeit war die Situation der gastarbeitenden Familien lange Zeit kein Thema, ein Tabu, würde ich fast behaupten. Erste Forschungsarbeiten und Recherchen haben in den letzten Jahren persönliche Geschichten, Fakten und traurige Erkenntnisse über die damalige Zeit ans Licht gebracht. Es ist an der Zeit, uns kritisch mit dieser Schattenseite der Schweizer Migrationspolitik auseinanderzusetzen. Befassen wir uns mit der Vergangenheit, vergessen wir sie nie, sondern lernen wir daraus. Und, geschätzte Damen und Herren, genau heute können wir diesen Schritt machen, indem wir diesen Anzug überweisen und ich bitte Sie in diesem Sinne im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Heidi Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Wir haben von meiner Vorrednerin gehört, das Saisonierstatut hat viel Leid verursacht. Ich habe mich im Rahmen einer Arbeit am Buch «Zukunft Schwarzarbeit» über jugendliche Sans-Papiers und das Recht auf Schulbildung für versteckte Kinder auseinandergesetzt und den Kampf um das Recht auf Schulbildung. Dabei habe ich auch viel über die Auswirkungen des Saisonierstatuts auf die betroffenen Arbeiter und ihre Familien gelernt.

Was mich am meisten beeindruckt und auch beelendet hat, den Behörden war es durchaus bewusst, dass das Saisonierstatut den elementarsten Menschenrechten widersprach. Es war auch den politisch Verantwortlichen bekannt, dass das Schicksal der versteckten Kinder unmenschlich und grausam war und das wurde einfach in Kauf genommen. In einem schriftlichen Interview mit den Autorinnen des Buches «Versteckte Kinder zwischen Illegalität und Trennung» äusserte



sich der damalige Bundesrat Arnold Koller 1992 zu den versteckten Kindern. Ich zitiere: «Das Problem ist dem Bundesrat volllauf bewusst. Die Kinder sind effektiv da. Aber aus dieser Tatsache darf nicht einfach abgeleitet werden, dass auf jegliche Einhaltung der fremdenpolizeilichen Vorschriften verzichtet werden kann. Ebenso könnte man argumentieren, dass man Schwarzarbeitern einfach eine fremdenpolizeiliche Bewilligung erteilen soll, nur weil sie bereits da sind.» Zitat Ende. Vor dem Hintergrund der vorher geschilderten Beispiele klingt dies in meinen Ohren sehr zynisch und ich bin überzeugt, dass wir das besser können.

Für das im Anzug geforderte Projekt, das würde eine Aufarbeitung der Geschichte für die Betroffenen, aber auch für uns als Gesamtgesellschaft ermöglichen. Das wäre ein wichtiges Zeichen der Anerkennung. Das Schicksal der vom Saisonierstatut betroffenen Männer, Frauen und Kinder war grausam und es wirkt heute noch nach. Wir als Gesellschaft von Basel-Stadt haben da auch etwas gut zu machen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte ganz kurz Bezug nehmen auf meine Vorrednerin Zaira Esposito. Sie hat das weltberühmte Zitat gebracht: Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen. Ich habe das alles in meinem Kopf, alle meine Artikel, die ich geschrieben habe. Das Zitat, wie ich gesagt habe, ist weltberühmt, danke, dass Sie es gebracht haben. Aber man muss zu dem Zitat natürlich sagen, was ich auch immer hier erklärt habe, wo ich auch als ein Linker durchgehen würde, wer hat von diesen Arbeitskräften profitiert? Und das ist in einem Satz gesagt, das ist die Wirtschaft, das Grosskapital. Und die Folgekosten hat der Staat zahlen müssen wie die Sprachkurse.

Zur Rednerin Heidi Mück. Sie hat richtig gesagt, das Wort Projektanerkennung sollte man in diesem Projekt bringen, aber ich muss dann noch sagen zum Schluss, es wäre auch schön, wenn es das Projekt gibt und wenn in diesem Projekt dann auch nicht vergessen wird, mein ehemaliger Chef, Nationalrat Dr. James Schwarzenbach, weil das gehört natürlich auch dazu und das wollte ich noch sagen.

Ich denke, dieser Anzug geht durch.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zur Anzugsstellerin Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Il pianto è così forte e non fa alcun rumore, Lucia - Weinen ist so laut und mache keinen Lärm, Lucia. Presto, presto, nasconditi, Salvatore, sento arrivare qualcuno - Schnell, schnell, verstecke dich, Salvatore, ich höre jemanden kommen. So ungefähr muss es sich zu Hause bei migrantischen Familien in den 50er- und 60er-Jahren angehört haben, wenn Kinder Kinder waren und die Angst vor der Fremdenpolizei, wie sie damals hiess, allgegenwärtig war. Die sogenannten versteckten Kinder von Gastarbeiterinnen durften weder laut weinen noch lachen oder mit ihren Freund\*innen spielen, denn sie waren hier unerwünscht. Sie erlebten eine verneinte Kindheit geprägt von einem Leben im Untergrund. Diese Kinder sind während einer Zeit gross geworden, in der italienische und später auch spanische, portugiesische, ex-jugoslawische und türkische Migranten mit der rassistischen Rhetorik der Überfremdung als kulturfremde Eindringlinge beschimpft und abgewertet wurden.

Mit Metaphern wie schleichende Krankheit oder artfremdes Gewächs warnte James Schwarzenbach, ein rechtspopulistischer Politiker, Ende der 60er-Jahre davor, dass die Italiener\*innen das friedliche Zusammenleben in der Schweiz bedrohen würden. Ja, rassistische Anfeindungen, Ablehnung, Demütigung und Erniedrigungen gehörten zum Lebensalltag von Saisonier dazu. Migrierte wurden in ihrer menschlichen Würde verletzt. Auch in Restaurants waren sie vor Anfeindungen nicht gefeit, sofern sie überhaupt hineinkamen und nicht vor Schildern mit der Anschrift «Für Hunde und Italiener verboten» stand.

Rassismus damals, und heute? Vor zwei Wochen erzählte mir ein Mann italienischer Herkunft, dass er erst vor einem Jahr von seiner älteren Schwester erfahren hat, dass auch sie ein verstecktes Kind war. Er erzählte mir seine familiäre Geschichte. Sogar im Keller musste sich seine Schwester verstecken, erzählt er mir mit emotionaler Betroffenheit. Seine Eltern schweigen bis heute, sie können nicht darüber reden. Scham, Ohnmacht, Schuldgefühle begleiten viele betagte Eltern bis heute. Schweigen als Bewältigungsstrategie. Und viele betroffene Menschen der damaligen Migrationspolitik sterben, ohne Worte für ihr Leiden zu finden, ohne Heilung für ihren Schmerz.

1934 trat ein folgenreiches Gesetz in Kraft, das die Schweizer Familien und Migrationspolitik rund 70 Jahre lang prägte. Das Gesetz ist rasch zusammengefasst. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden für eine strikt begrenzte Zeit Arbeitskräfte rekrutiert. Sie sollten schlecht bezahlt und in Baracken leben, die wachsende Infrastruktur des Landes aufbauen und pflegen und sich nicht integrieren. Das damals eingeführte Saisonierstatut erlaubte es den Gastarbeiter\*innen aus Südeuropa, neun



Monate pro Jahr in der Schweiz zu leben. Die Kinder mussten entweder in ihrem Herkunftsland bleiben, wurden in Heimen untergebracht oder mussten versteckt vor den Behörden in der Schweiz leben.

Wenn man jedoch den historischen Kontext dieses Gesetzes mitliest, blickt man in einem moralischen Abgrund. Das familiäre Zusammenleben und die Familiengründung von migrierten Menschen in der Schweiz wurde illegalisiert. Durch ein Rotationsprinzip und die Statuten A und B wurden die Arbeiter\*innen vom Rest der Gesellschaft sekretiert und des fundamentalen Grundrechts beraubt, dass Menschen ein Zusammenleben mit der Familie garantiert. Von 1934 bis 2002 wurde etwa eine halbe Million Familien aus dem gesamten Süden Europas durch die Gewalt dieser Statuten und der damit verbundenen strukturellen Gewalt zum Teil schwer traumatisiert. Die Folgen sind bis in die dritte Generation spürbar.

Es ist angezeigt und an der Zeit, dass auch die Politik selbstkritisch dieses Stück Schweizer Vergangenheit aufarbeitet. Deshalb ist es dringend nötig, dass das Projekt Historische Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von südeuropäischen Familien mit Statut A und B im Kanton Basel-Stadt lanciert wird. Der Kanton Basel-Stadt würde damit eine schweizweite Vorreiterrolle einnehmen. Als Hauptmassnahme des Projekts ist eine Studie zur Aufarbeitung dieses Kapitels der Basler Geschichte in Auftrag zu geben. Denn nur was wir kennen, können wir auch anerkennen.

Vielen Dank für die Überweisung dieses Anzugs.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**68 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003670, 12.06.24 16:27:02]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### **32. Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt**

[12.06.24 16:27:11, 24.5161.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



### 33. Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern

[12.06.24 16:27:34, 24.5179.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion möchte ich den Anzug bestreiten und beantrage Ihnen, ihn nicht zu überweisen. Tagesfamilien sind ein ganz wichtiges ergänzendes Element des Betreuungsangebotes im Kantons Basel-Stadt, insbesondere auch für Schichtarbeitende, weil sie zum Beispiel auch Betreuung am Abend offerieren können, in der Nacht, auch am Wochenende, was heute über die Kindertagesstätten nicht abgedeckt wird und auch schwierig ist, Modelle zu finden, wie das abgedeckt werden könnte. Wichtig ist auch, dass bei den Tagesfamilien die Schwelle der Betreuung tiefer ist, als es bei den Kindertagesstätten ist. Also eine Familie, die ihr Kind für neun Stunden betreut haben möchte, kann es in eine Tagesfamilie geben, bei den Kindertagesstätten muss es ja zu 40 Prozent in der Kita sein, um dann die Betreuungsbeiträge vom Kanton zu erhalten.

Die Suche nach neuen Betreuungspersonen, Tagesfamilien ist aktuell schwierig. Es gibt Wartelisten von Kindern, die nicht aufgenommen werden können, also das Anliegen mit dem Anzug, hier Verbesserungen hinzukriegen, das Tagesfamilienmodell zu erneuern oder vielleicht kann man auch sagen, zu retten, das teilen wir sehr.

Aus unserer Sicht ist das Problem, dass wir im Moment haben, extrem tiefe Löhne. Wir haben auch keine kostendeckenden Mahlzeitenbeiträge und das hat diese Form der bezahlten Care-Arbeit sehr unattraktiv gemacht. Ganz wichtig ist deshalb zu wissen, dass die Regierung auch auf Druck einer Interpellation von mir und aufgrund des Drucks von BKK jetzt entschieden hat, dass die Tagesfamilien Anrecht auf den Mindestlohn haben. Das wird jetzt dann rückwirkend umgesetzt und das Erziehungsdepartement ist in der Erarbeitung eines neuen Modells, die Umsetzung wird jetzt aktuell ausgearbeitet.

Wir möchten genau in dieser Phase diesen Anzug nicht überweisen, weil wir der Meinung sind, dass der Anzug hier im Moment eine falsche Priorität setzt bei der Entwicklung von diesem neuen Modell. Die Idee wirkt auf den ersten Blick sympathisch, aber bei der Lektüre des Anzugs haben wir gesehen, dass er falsche Signale setzt, solche, die der laufenden Professionalisierung der Tagesfamilie eigentlich entgegenlaufen. Es sollte aus unserer Sicht jetzt nicht oberste Priorität sein, ältere Menschen einzubeziehen, also Pensionierte einzubeziehen zur Lösung des Problems, sondern es muss jetzt zuerst mal für Arbeitnehmer\*innen vor dem Pensionsalter diese Art von Arbeit attraktiv gemacht werden. Wenn das dann nicht gelingt, dann könnten wir vielleicht diese Forderung dann auch nochmals anschauen.

Wir sind nicht kritisch, weil wir sagen, dass Personen über 65 keine qualitativ hochstehende Kinderbetreuung machen können. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, wollen wir das, wollen wir, dass ein Teil von unserem Kinderbetreuungssystem auf der professionellen Betreuungsarbeit von Menschen über dem Pensionsalter aufgebaut und von ihnen abhängt. Als SP sind wir immer wieder kritisch dagegen, wenn es darum geht, das Pensionsalter zu erhöhen aufgrund des Fachkräftemangels und deshalb sehen wir auch diese Lösung als kritisch. Bei diesem Anzug geht es ja nicht darum, dass bereits bestehende Grosseltern, die ihre Enkel betreuen, entschädigt würden, das wäre ja eine andere Diskussion. Diese will der Vorstoss hier nicht lancieren, die wäre durchaus auch interessant. Aber hier geht es ja darum, dass Pensionierte zusätzlich zu den eigenen Enkeln auch noch weitere Kinder betreuen.

Bei der Polizei haben wir hier drinnen die Lösung auch noch nicht diskutiert, dass Pensionierte an den Wochenendeinsätzen an Demonstrationen eingesetzt werden. Wir haben hier über Löhne diskutiert, Attraktivität als Arbeitgeberin, verschiedene Kampagnen, dass jetzt gerade bei der prekären Care-Arbeit zuerst der Einbezug von Pensionierten gefordert wird, bevor der Mindestlohn überhaupt umgesetzt wird, bevor die tiefen Mahlzeitenbeiträge erhöht worden sind, ist aus unserer Sicht kein Zufall, sondern auch Ausdruck davon, wie wir in der Gesellschaft immer wieder Care-Arbeit wahrnehmen. Was es aus unserer Sicht braucht, ist eine Kampagne, um neue Arbeitnehmende zu gewinnen, Information, dass der Mindestlohn umgesetzt wird, es müssen Job-Angebote auf den Stellenportalen gemacht werden und die Beiträge an die Mahlzeiten müssen dringend erhöht werden.

Was der Anzug auch macht, ist, dass er mit Begriffen immer wieder auch die Arbeit der Tagesfamilien entprofessionalisiert, es gehe um Sinnhaftigkeit, Einsamkeit könne vorgebeugt werden. Solche Bedürfnisse sind wichtig, es gibt im Kanton auch viele Angebote im freiwilligen Bereich, die diese erfüllen. Aus unserer Sicht ist es aber falsch, das mit der aktuellen Problematik bei den Tagesfamilien zu vermischen.

Wir sind mit der Anzugstellerin einer Meinung, dass wir hier die Tagesfamilien weiterentwickeln müssen, aber nicht in dieser hier vorgeschlagenen Form.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GAB):* Das Statement meiner Vorrednerin erfüllt eigentlich schon fast alles, was ich gesagt haben wollte. Ich wiederhole jetzt trotzdem einiges. Ich glaube, wichtig ist die Vielfalt in der Betreuung. Es gibt ganz verschiedene Bedürfnisse bei Kindern und die müssen irgendwie erfüllt werden und hier sind die Tagesfamilien ein wichtiger Bestandteil. Ich selber arbeite ja im Baselbiet in einem ähnlichen Bereich und auch dort erlebe ich, dass das Angebot von Tagesfamilien stark zurückgeht. Viele Gemeinden haben auch ihre Leistungsvereinbarungen aufgekündigt, weil sie keine neuen Tagesfamilien mehr finden und ich denke, das hat einen starken Zusammenhang mit der Lebensrealität der heutigen Familie, dass beide ein gutes Einkommen nach Hause bringen, und hier möchte ich den Schwung machen.

Ich glaube, das Problem, dass das Angebot nicht mehr so stark ist, hängt an den Löhnen. Nun haben wir in Basel-Stadt ja den Mindestlohn eingeführt und der muss auch für Tagesfamilien gelten. Das wird kommen, nehme ich an, ich habe nichts gefunden im Internet, aber es muss ja kommen und ich denke, wenn wir gute Löhne bezahlen, dann haben wir auch wieder junge oder jüngere Personen, die das anbieten. In unserer Fraktion ist stark die Meinung vorhanden, dass wir jetzt nicht, wenn wir das Problem sehen, an der Altersgrenze schrauben, sondern eigentlich dahingehend zurückgehen, dass wir die Arbeitsbedingungen ändern.

Darum beantragen wir die Nichtüberweisung. Wichtig ist mir insbesondere, dass an der Qualität nicht geschraubt wird. Es ist wichtig, dass die bestehenden Qualitätsstandards weiterhin gelten, weil es ist eine Fremdbetreuung der Kinder und dort müssen wir ganz hohe Standards ansetzen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zur Anzugstellerin Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich darf meine Meinung als Anzugstellerin auch gleich für FDP, Mitte und SVP teilen. Tagesfamilien sind ein wichtiges Angebot für Eltern mit unregelmässigen und nicht 9-to-5-Job-Arbeitszeiten, das haben wir jetzt vorher auch schon gehört. Es gibt fast immer Wartelisten für Plätze in Tagesfamilien. Das bringt Eltern in Organisationsengpässe, denn sie würden gerne mehr arbeiten oder überhaupt arbeiten, finden aber keinen geeigneten Betreuungsplatz in einer Tagesfamilie. Denn diese sind auch quartierabhängig, sollten in der Nähe der anderen Umfeldsituationen der Kinder sein, entsprechend schwierig ist es, da schnell was zu finden. Ich hoffe sehr, dass durch die Einführung des Mindestlohns die Situation verbessert wird, dennoch sollten auch weitere Ansätze zur Reduktion der Warteliste geprüft werden.

Parallel zum aktuellen Tagesfamilien-Betreuungsengpass werden Menschen immer wie älter. Deshalb unter anderem bleiben sie auch länger gesund. Nicht erst seit gestern ist bekannt, dass aufgrund des Fachkräftemangels auch in vielfältiger Weise die ältere Generation einbezogen werden muss. In diesem Vorstoss wird das indirekt angedacht. Damit mehr Eltern mit Bedarf eines Tagesfamilienplatzes einer Erwerbstätigkeit nachgehen können oder ihren Beschäftigungsgrad erhöhen können, könnte ein sehr nachgefragtes Betreuungsangebot durch Beizug von Seniorinnen und Senioren ausgebaut werden. Gerade für Personen, die in den Blaulichtorganisationen arbeiten oder sich Tag und Nacht im Spital um kranke Menschen kümmern, braucht es Tagesfamilien, um die Berufstätigkeit zugunsten des Wohls und der Sicherheit unserer Bevölkerung zu ermöglichen.

Dabei möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir hier einen Anzug, also Prüfen und Berichten, zur Erweiterung von Tagesfamilien durch Tagesgrosselftern diskutieren und nicht eine Motion zum Betreuungszwang für pensionierte Menschen. Ein grosser Unterschied. Ich bin nicht ganz sicher, ob das so angekommen ist und das klar ist, dass das Vorstossmodell so gewählt wurde, damit es eben nicht zu einem Zwang führt. Das ist wirklich nicht der Sinn. Es sagt auch niemand, dass der Prüfpunkt rund um die Anforderungskriterien, der im Vorstoss vorhanden ist, bedeutet, dass dieser vereinfacht oder gelockert werden sollte. Das ist eine reine Annahme, die überhaupt nicht so gemeint ist, das ist sehr offen geschrieben, wurde aber offenbar in eine Deprofessionalisierungs-Richtung gewertet, was absolut nicht damit gemeint ist. Ich habe es extra noch einmal nachgelesen und es geht wirklich nicht um eine Deprofessionalisierung, an der Qualität soll also nicht geschraubt werden.

Der bereits heute streng definierte Prozess, um zur Tagesfamilie zu werden, müsste allenfalls um weitere Fragen und Abklärungen erweitert werden, da ältere Menschen allenfalls im Bereich der körperlichen Fitness etwas vielseitiger evaluiert werden müssten, als das bei Jüngeren der Fall ist. Das Wohlergehen der Kinder steht zu jeder Zeit im Vordergrund, weil Tagesfamilie sein heisst eben nicht einfach ein bisschen hüten. Tagesfamilien sind ergänzende Betreuungsangebote zu Kitas und Tagesstrukturen, bei beiden dieser Modelle sind professionell ausgebildete Menschen im Einsatz, entsprechend wichtig ist diese Qualität auch bei den Tagesfamilien. Die Tagesfamilien sollen dem nicht nachstehen und deshalb ist auch die sorgfältige Auswahl weiterhin wichtig, weswegen das neutral formuliert wurde.



Die SP hat sich unlängst für die Einsamkeitsbekämpfung eingesetzt und gerade nach der Pensionierung ändert sich eben viel, warum also nicht qualifizierten und motivierten Personen die Aktivität als Tagesgrossmutter oder -Vater ermöglichen. Um die Kräfte der entsprechenden Personen nicht zu überschreiten, fordere ich auch die Prüfung und Berichterstattung dazu, in welchem Rahmen zum Beispiel die Mindestbetreuungszeit von neun Stunden gesenkt werden könnte, um das Angebot mehr Personen zur Verfügung zu stellen. Das könnte die Aufnahme einer niedrigprozentigen Stelle ermöglichen. Dies hilft einerseits der individuellen Absicherung und wirkt andererseits dem Arbeitskräftemangel entgegen.

Auch für Familien, die keine Grosseltern in der Nähe wissen, wie zum Beispiel bei migrierten Familien oft der Fall, kann durch die Option der Tagesgrosseltern eine generationsübergreifende Bezugsperson ins Leben der Kinder treten und zur Integration am neuen Ort beitragen. Das kann auch zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit beitragen.

Die LDP ist bereit, auch weitere Massnahmen rund um die Tagesfamiliensituation zu prüfen, bittet Sie aber dennoch, das eine zu tun und das andere nicht ungeprüft zu lassen, also diesen Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003673, 12.06.24 16:40:26]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 48 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## **34. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR**

[12.06.24 16:40:32, 23.5657.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

*Beda Baumgartner (SP):* Diese Diskussion um Entlastungsziele, um generelle Aufgabenüberprüfungen und auch damit einhergehend dem «Sparpotenzial» in unserem Kanton ist etwas, die wir immer wieder von vorne führen. Ich finde in diesem Kontext auch mal wichtig, dass wir uns grundsätzlich die Frage stellen, was haben wir für eine Erwartungshaltung, wenn wir eine generelle Aufgabenüberprüfung fordern und sie gleichzeitig damit verknüpfen, dass wir Entlastungsziele definieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch lieber Motionär, Tobias Christ, formulieren Sie doch konkret, was Sie mit den Entlastungszielen genau erreichen wollen und das ist ja am Ende des Tages einen Abbau von gewissen Leistungen. Ich glaube, das würde der Ehrlichkeit in dieser Debatte in diesem Saal zu diesem Thema um einigiges guttun.



Jetzt verknüpft mit den Entlastungszielen wird gesagt, die müssen anhand der generellen Aufgabenüberprüfung gemacht werden. Und das ist eine Interpretation der generellen Aufgabenüberprüfung, gegen die ich mich stark wehren würde. Ich sehe die generelle Aufgabenüberprüfung nicht dazu, primär Leistungen des Staates oder des Kantons abzubauen, sondern ich sehe sie dazu, Leistungen des Kantons oder des Staates zu optimieren und so auszurichten, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kantons zugutekommen.

Die andere Diskussion, die wir uns im Kontext eines sogenannten Entlastungsziels oder eben konkret eines Abbaus, der wir uns stellen müssen, ist, Sie wollen ernsthaft im Kontext von solchen Überschüssen, wie wir sie momentan kennen, dafür sorgen, dass wir Leistungen des Staates in diesem Kanton abbauen sollen. Also das ist am Ende des Tages das, ich werde auch nachher noch zum zweiten Vorstoss reden von Tobias Christ, aber das ist am Ende das, was wir aus diesem Vorstoss lesen müssen. Und dann finde ich, ist es schon irgendwann auch ein bisschen fragwürdig und problematisch. Dann hören wir hier von bürgerlicher Seite vor allem in Personalbereiche, die der bürgerlichen Seite sehr wichtig sind, und ich nehme jetzt für die Finanz- und Wirtschaftspolitik die GLP gerne zur bürgerlichen Seite, auch wenn sich viele Leute in diesem Saal auf einer anderen Seite des politischen Spektrums enorm viel Mühe geben, sie anders zu verorten, dann stehen Sie hin und sagen, da brauchen wir Ausbau. Also wir haben jetzt eine sehr intensive Diskussion gehabt über die Erhöhung der Löhne für die Polizei, wir haben auch immer wieder Diskussionen im Repressionsbereich, aber auch in anderen Bereichen, wo Sie vielleicht näher sind aufgrund von beruflichen oder Verbandsverknüpfungen und dort wollen Sie dann Ausbau und gleichzeitig wollen Sie mit dieser GAP und diesem Abbauziel und eben nicht einem Entlastungsziel, einem Abbauziel, dort wollen Sie dann sparen oder abbauen. Und ich finde schon in diesem Kontext, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie abbauen wollen.

Ich bin jetzt sechseinhalb Jahre in diesem Parlament und ich habe jetzt vielleicht einmal, nein, ich muss sagen, das muss man der SVP lassen, sie stellen jedes Jahr den Abbau bei der Gleichstellung, das ist inhaltlich aus meiner Sicht komplett ungerechtfertigt, aber das ist konkret. Aber sonst sagen Sie doch von bürgerlicher Seite, wo Sie konkret abbauen wollen und spielen Sie das nicht auf die Regierung. Also übernehmen Sie die Verantwortung dort, wo Sie abbauen wollen, aber nicht über eine generelle Aufgabenüberprüfung und mit einem sogenannten Entlastungsziel, sondern sagen Sie, in diesen Staatsbereichen wollen wir weniger ausgeben, ganz konkret.

Raoul Furlano sagt, er weiss es, dann kann er das uns ja nachher sagen, wo er genau abbauen will, oder bilateral auch, bin ich offen, aber ich finde es schon ein bisschen problematisch. Sie versuchen über finanztechnische Regularien, wir werden das in der nächsten Motion auch noch sehen, versuchen Sie etwas durchzusetzen, wo Sie aber, wenn Sie 1:1 hinstehen müssen und sagen, wo Sie konkret weniger Geld ausgeben wollen, das ganz häufig leider nicht tun. Wirklich nicht. Also ich kenne keine sehr konkreten bürgerlichen Vorstösse, wo wir wirklich in einem grossen Stil abbauen wollen. Und natürlich heisst das nicht, dass ich da mitmachen würde, aber dann wäre es eine materielle Diskussion, dann wäre es eine materielle Diskussion über eine politische Legitimation von gewissen Ausgaben. So ist es eine finanztechnische Diskussion, die einfach darüber geführt wird, dass die Regierung das machen und tun soll.

Und dann noch etwas grundsätzliches zu der Frage in Bezug auf die Effizienz verbunden mit dieser generellen Aufgabenüberprüfung. Also ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie sich einfach jetzt hinstellen und sagen, es gebe so viel, wo man jetzt aufgrund der generellen Aufgabenüberprüfung Geld sparen könnte, dann würde mich wirklich interessieren, in welchen Bereichen Sie das konkret sehen. Weil was ich auch sehe, ist, ich sehe Departemente, die teilweise das Budget übertreffen und gleichzeitig nicht die FTE ausschöpfen, also die Lehrbestände haben beim Personal und trotzdem das Budget überschöpfen.

Ich kann Ihnen auch ganz konkret sagen, zum Beispiel das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat einen Leerbestand bei der Kantonspolizei, einen sehr hohen, wie wir in diesem Saal sehr gut wissen, und schöpft das Budget komplett aus. Ich bin dann noch gespannt, da kann der Motionär vielleicht sagen, ob das jetzt in Sachen generelle Aufgabenüberprüfung wäre, das wäre für mich schon noch eine interessante Fragestellung. Also da wird das Budget ausgeschöpft und gleichzeitig sind die Leute nicht alle angestellt, die man eigentlich bräuchte beim JSD, Ja, bräuchte es jetzt hier ein Entlastungsziel oder bräuchte es eigentlich mehr Ressourcen? Und beim JSD würden Sie ja vielleicht noch mitmachen mit den Ressourcen, also vielleicht würden Sie dann dem Departement allgemein mehr Ressourcen geben, aber ich glaube, es ist ein gutes Beispiel dafür, dass wenn Sie eben über die finanztechnokratische Schiene einfach etwas finanzpolitisch lösen wollen, dass Sie mit dem nicht wirklich an das Ziel herankommen. Weil ich finde, wir sollten in diesem Saal materielle Diskussionen darüber führen, was wir wollen politisch und das politisch entscheiden inhaltlich und nicht anhand von Automatismen und irgendwelchen finanztechnokratischen Instrumenten.

Darum finde ich diese Motion völlig am falschen Ort, mit dem völlig falschen Ziel und auch zum völlig falschen Zeitpunkt. Also Sie wollen jetzt ernsthaft mit diesen Überschüssen, ich habe in diesem Saal von mehreren Leuten gehört, wie absurd viel Geld der Kanton hat, es gibt verschiedene Ideen, was man mit diesem Geld, gewisse Leute wollen es rückverteilen pro Kopf oder proportional zu den bezahlten Steuerträgen, es gibt andere Leute, die wollen konkrete Projekte damit finanzieren, und dann wollen Sie der Bevölkerung gleichzeitig sagen, mit diesem Überschuss, wir brauchen jetzt unbedingt Entlastungsziele.

Also irgendwann finde ich, geht das schon nicht ganz auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darum führen Sie die Debatte dort, wo Sie abbauen wollen, bitte konkret, und dann können wir nämlich auch, das ist dann ein Teil der Auseinandersetzung,



dann können wir auch transparent sagen, wir wollen das, Sie wollen das und am Ende sagt vielleicht einfach noch die Bevölkerung, was sie will, aber dann ist es anhand von dem. Und übernehmen Sie die Verantwortung, wenn Sie abbauen wollen und schieben Sie das nicht zur Regierung. Ich glaube, sonst ist das Vertrauen jetzt auch nicht unbedingt unbeschränkt sonst immer in Richtung Regierung, dann müssen Sie das Vertrauen hier auch nicht ausbauen, sondern übernehmen Sie Verantwortung und sagen, wo Sie konkret abbauen wollen. Und dann finde ich, führen wir auch eine andere Debatte als über solche Motionen, wo es einfach relativ abstrakt ist und nicht konkret und wo wir am Ende auch nicht wirklich sagen können, diesen Weg wollen wir jetzt gehen oder nicht.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GAB spricht Patrizia Bernasconi.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Ich kann nur wiederholen, was ich bereits bei der ersten Überweisung dieser Motion gesagt habe. Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Ich finde aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer generellen Aufgabenüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren.

Wir stellen uns die Frage, was heisst das Ganze konkret? Auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden? Das klingt für uns alles sehr willkürlich und zuletzt haben wir gesagt, dass es ehrlicher gewesen wäre, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es bei dieser Motion eigentlich nur um eine Sparübung geht, obwohl es keinen Grund gibt zu sparen. Interessant ist, dass der Motionär am Schluss der Debatte bei der ersten Überweisung nicht bestritten hat, dass es bei der Motion in der Tat ums Sparen geht.

Der Regierungsrat hat nun in seiner Stellungnahme sehr gut aufgelistet, was er bei der letzten generellen Aufgabenüberprüfung gemacht hat. Es wurde nicht nur an Schwerpunkten gearbeitet, also nicht nur Schwerpunkte analysiert, sondern die Departemente haben auch in ihrem Bereich weitere 34 Aufgabenüberprüfungen durchgeführt. Es wurden Organisationsanalysen durchgeführt, Prozesse und die Leistungserbringung analysiert, die Quantität und Qualität von Aufgaben untersucht, ein Verzicht auf Aufgaben geprüft und zwei make-or-buy Analysen gemacht. Aus den Analysen haben die Departemente rund 70 Massnahmen abgeleitet und umgesetzt. Das ausgearbeitete und umgesetzte Konzept hat sich grundsätzlich bewährt und wurde von der Finanzkontrolle, aber auch von der grossrätlichen Finanzkommission als positiv gewürdigt. In dieser gleichen Art läuft die aktuelle GAP.

Wir teilen die Schlussfolgerung des Regierungsrates. Ziel der GAP ist, die staatlichen Aufgabenerfüllung zu verbessern. Es kann auch nicht nur zu Minderaufgaben führen, der Regierungsrat kann auch erkennen, dass mehr Mittel für gewisse Aufgaben notwendig sind. Vorher hat Beda Baumgartner ganz gut aufgelistet, was das für die Polizei bedeutet. Eine GAP soll dazu führen, dass kein Sparprogramm notwendig wird, weil eben gerade auf die Effizienz geschaut wird und Massnahmen genannt werden. Die Erfahrung zeigt auch, dass eine ergebnisoffene Prüfung zielführender ist und zu mehr wirksamen Massnahmen führt. Mit einem Entlastungsziel wäre die eigentliche Aufgabenüberprüfung von untergeordneter Bedeutung, da es letztlich um das Erreichen der Zielvorgaben ginge. Die Vermischung von GAP und Sparprogramm würde die Wirkung beider Instrumente reduzieren und zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen. Und zum Schluss, und das sagen wir auch immer, eine GAP ist kein Sparprogramm.

Die Fraktion GAB wird diese Motion nicht überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen und alle Pässe, die mir Beda Baumgartner zugespielt hat, zurückspielen. Da waren sehr viele interessante Punkte dabei, aber vielleicht viele auch ein bisschen an der Sache vorbei.

Aber zuerst einmal, wenn es um konkrete Fragen geht, wo sollte man konkret sparen, ich habe kein Problem mit diesem Wort, das dürfen Sie uns gerne unterstellen, dass es hier ums Sparen geht, das habe ich schon das letzte Mal gesagt, das sage ich gerne wieder, darum geht es potenziell. Und gerne führen wir auch konkrete Debatten im Rahmen von Budgetdebatten, usw. und die werden auch nötig sein, aber das ändert nichts daran, dass auch das hier eine sinnvolle Massnahme wäre oder dass es sinnvoll wäre, die generelle Aufgabenüberprüfung mit den konkreten Zielen zu verbinden. Und ja, das kann potenziell vor allem auch in Zukunft, in weniger rosigen Zeiten, auch bedeuten, dass man konkrete Sparziele macht, muss es aber überhaupt nicht.

Primär geht es vor allem auch darum, hier mehr Transparenz zu schaffen, vielleicht auch diese Erwartungen zusammenzubringen, weil sie existieren hier im Saal, das werden wir vielleicht noch hören von meinen Nachrednern. Hier



existieren unterschiedliche Erwartungen offenbar, was diese generelle Aufgabenüberprüfung bringen soll. Im Extremfall könnte das bedeuten, wenn wir das jetzt überweisen, wenn es eine entsprechende Gesetzesänderung gibt, dass der Regierungsrat sagt, ja, wir machen jetzt diese generelle Aufgabenüberprüfung und unser Ziel ist es, keine Einsparungen, weil das aus unserer Sicht nicht möglich ist. Und vielleicht wäre auch denkbar, dass man andere Entlastungsziele, das müssen nicht unbedingt finanzielle Ziele sein, theoretisch wäre es auch denkbar, andere messbare Sachen als konkretes Ziel sich zu setzen, das nur als Klammerbemerkung.

Aber dann herrscht hier wenigstens Transparenz und dann sieht man, okay, es wurde nichts gespart, aber man hat vielleicht Sachen verbessert und hat irgendwo vielleicht konkret ein bisschen eingespart. An einem anderen Ort kann man dafür mehr machen oder man kann eine Leistung einfach besser erbringen. Das ist ja auch okay, aber das wollen wir sehen. Was wir nicht wollen, ist, und das ist der aktuelle Zustand, ich will das gar nicht schlechtreden, wie das in der Vergangenheit gelaufen ist, ich denke mal, dass es grundsätzlich gut ist, wie das gemacht wird, aber im Moment ist das Problem, dass es nicht wirklich klar ist, was für Effizienzgewinne sind jetzt da tatsächlich angefallen und was ist mit diesen Ressourcen, die hier freigespielt wurden, was ist mit denen passiert. Und wir wollen da Klarheit schaffen, darum geht es im Kern.

Vielleicht noch jetzt spezifischer auf die Antwort der Regierung eingegangen, ich will das gar nicht kleinreden, ich sehe diese Gefahr, dass wenn das dann dazu führt, diese Änderung, die wir hier anstreben, dass ein Sparziel definiert wird, dass das dann weitergereicht wird, die Hierarchie hinab gereicht wird an die einzelnen Dienststellen und die alle dann mit einem konkreten Sparziel konfrontiert sind, dass das dann nicht förderlich ist für diese GAP, das kann ich mir vorstellen. Ich masse mir nicht an, darüber zu urteilen, was das genau für Auswirkungen hat dann in der Praxis, aber ich denke, da sehe ich auch sehr viel Freiheit, wie das ausgeführt wird.

Es muss überhaupt nicht sein, dass man das so macht, wie ich das jetzt geschildert habe, ich kann mir auch vorstellen, dass das nicht so sinnvoll wäre. Es wäre theoretisch durchaus denkbar, auch mit der hier vorgeschlagenen Änderung, dass der Regierungsrat sich selber ein Ziel setzt, ein generelles für den ganzen Kanton, so viel Effizienzgewinne erwarten wir und das ist das Potenzial, das wir gesehen, dass aber die generelle Aufgabenüberprüfung genau gleich stattfindet wie jetzt und dass erst nachträglich dann darüber berichtet wird, was ist jetzt herausgekommen. Es geht uns vor allem auch darum, das messbar zu machen. Es ist mir klar, das ist mühsam, es macht gewisse Sachen vielleicht ein bisschen schwieriger im Ganzen, aber ich glaube, es wird sich im Endeffekt lohnen, weil dieses ganze Instrument damit nicht geschwächt wird, sondern im Gegenteil besser wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Tobias Christ, möchten Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli annehmen? Sie wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich unterstütze die Motion, aber ich muss Beda Baumgartner schon in vielen Punkten recht geben. Deshalb meine Frage, unterstützt dann die GLP bei der nächsten Budgetdebatte auch konkrete Kürzungsanträge von der SVP oder werden eigene Kürzungsanträge eingereicht?

*Tobias Christ (GLP):* Ich kann und will hier nichts versprechen, aber ich kann mir das durchaus vorstellen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und für die SVP. Wir bitten Sie, die Motion entsprechend dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Beda Baumgarten hat in seinem Votum nicht nur falsches gesagt. Ich würde bei gewissen Punkten, die er gerade auch in Bezug auf die Partei des Motionärs hier angebracht hat, durchaus ihm zustimmen. Es ist ein bisschen schwierig, wenn man generell immer von Entlastung spricht und dann, wenn es konkret wird, Tobias Christ, bei den Entlastungsideen nicht mitmacht respektive mit Vorstössen die GLP unterstützt, sogar dazu beiträgt, dass der Staatshaushalt stärker belastet ist. Hier müssten Sie vielleicht einmal mit Ihrer Fraktion auch in medias res gehen. Wir haben jetzt in der Beantwortung von Tobias Christ auf die Zwischenfrage von Pascal Messerli gehört, dass für ihn das denkbar wäre. Wir werden Sie gerne daran erinnern, nicht nur in der vielleicht Budgetdebatte, sondern ganz generell, wenn es um Vorstösse geht, auch von linker Seite, die Sie ja dann gerne auch oft unterstützen, wenn es um den Staatsausbau geht. Übrigens auch sehr oft, und hier nehme ich Regierungsrätin Tanja Soland in Schutz, auch oft gegen den Willen des Regierungsrates, der sich oft eher gegen den Ausbau wehrt wie Ihre Fraktion.

Aber hier hat Tobias Christ nun eine Motion eingereicht, die von uns mitgetragen wird, die tatsächlich sinnvoll ist. Natürlich verstehen wir, dass Beda Baumgartner und die SP-Fraktion diese Motion nicht möchten. Wir müssen uns auch ehrlich



machen, Beda Baumgartner ist jetzt wieder nicht im Saale, aber wir müssen uns ja auch ehrlich machen, dass die generelle Aufgabenüberprüfung auch nie der Wunsch der SP war. Diese GAP ist nicht entstanden, weil das die Regierung toll gefunden hätte oder die linken Parteien, diese GAP ist auf Druck der bürgerlichen Parteien entstanden, die diese Forderung mittels einer Initiative in den frühen 2000-Jahren eingebracht hat und der Regierungsrat muss jetzt gemäss Finanzhaushaltsgesetz diese GAP einmal alle vier Jahre durchführen.

Nun kann man über die Qualität dieser GAP unterschiedlicher Auffassung sein. Wir haben gerade vor wenigen Wochen den GAP-Bericht für diese Legislatur vom Regierungsrat zugestellt erhalten. Die Diskussion über diese GAP wird dann noch geführt werden im Herbst dieses Jahres am Schluss der Legislatur, aber zumindest meine Fraktion und auch die anderen bürgerlichen Fraktionen können schon festhalten, dass diese GAP vielleicht nicht ganz so intensiv auch gemacht wird, wie wir uns das damals, als man es «erfunden» hat, auch vorgestellt haben.

Natürlich macht es durchaus Sinn deshalb, dass man bei einer solchen GAP eben auch das Entlastungsziel miteinbezieht. Beda Baumgartner hat es nun in populistischer Art und Weise Abbauziel genannt. Nein, das ist nicht die Idee davon, aber es macht doch Sinn, dass man eben auch als Regierungsrat konkret auch den Departementen ein Entlastungsziel quasi vorgibt und dann letztlich ja nur darüber berichtet, ob man das Entlastungsziel erreicht hat. Es geht nicht darum, dass das Entlastungsziel erreicht werden muss, sondern dass über die Erreichung des Entlastungsziels berichtet wird, und das glauben wir, macht doch Sinn. So muss auch jeder vernünftige Haushalt letztlich sein Budget oder seine eigene Rechnung für sich zu Hause erstellen, wo gäbe es allenfalls Entlastungsmöglichkeiten. Man setzt sich dieses Entlastungsziel und dann kann es vielleicht erreicht werden und wenn es nicht erreicht werden kann, dann wird darüber berichtet und begründet, weshalb es nicht erreicht werden kann. Das scheint uns eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden § 7 im Finanzhaushaltsgesetz zu sein. Damit nehmen wir auch nicht die Verantwortung vom Parlament weg, Beda Baumgartner, und da bin ich dann eben wieder bei Ihnen, dass wir hier auch in der Mitverantwortung stehen, aber wir geben eben auch der Regierung und der Verwaltung einen klaren Auftrag, eine Zielerreichung in diesem Entlastungsbereich zumindest einmal in den Departementen vorzugeben und dann zu begründen, wenn das nicht der Fall sein kann. Das macht Sinn.

Wir haben momentan hohe Überschüsse, da hat Beda Baumgartner das Richtige gesagt. Uns geht es gut, dem Kanton Basel-Stadt, das ist ja auch sehr erfreulich, dass es uns sehr gut geht. Wahrscheinlich geht es uns nicht wegen den linken Ideen so gut, sondern trotz den linken Ideen und es können aber auch andere Zeiten wieder auf uns zukommen. Wir sehen das in unserem Nachbarkanton, wie rasch das Pendel wieder in die andere Richtung geschwungen ist, und deshalb ist es durchaus auch gut, wenn wir in dieser 4-Jahres-Analyse auch ein Entlastungsziel zumindest einmal formulieren und dann darüber diskutieren, ob ein Entlastungsziel nicht auch tatsächlich erreicht werden kann. Wir sind uns dann wahrscheinlich über das Entlastungsziel nicht einig, das mag sein, wahrscheinlich nicht einmal innerhalb der Fraktionen immer. Beda Baumgartner hat die Polizei erwähnt, das ist sicher ein Thema, wo vielleicht die Schwerpunktsetzung in meiner Partei anders wäre, auch wenn es um die Ressourcen zur Verfügungstellung geht, wie bei anderen Parteien. Das ist dann aber der konkrete politische Diskurs, der darüber stattfindet und der kann aber dann auch darüber stattfinden, wenn dieser entsprechende Zusatz im Finanzhaushaltsgesetz eingebaut wird. Deshalb würde ich das sehr emotionslos betrachten und würde es lediglich als zusätzlicher Bestandteil der bestehenden Prüfung einbauen. Das macht Sinn, nachdem wir jetzt doch einige GAPs mit der bestehenden Formulierung erleben durften.

Ich bitte Sie deshalb im Namen dieser vier Fraktionen, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Joël Thüring, danke für die Annahme der Frage. Wie wollen Sie entlasten, ohne dass Sie abbauen oder anderes gefragt, das heisst, Sie wollen entlasten, ohne zu sparen?

*Joël Thüring (SVP):* Tatsächlich geht manchmal auch entlasten, ohne zu sparen, indem man effizienter wird. Das hat noch nicht zur Folge, dass man etwas abbaut. Und dann entwickelt sich die Welt ja auch immer weiter, Aufgaben werden vielleicht nach einer gewissen Zeit tatsächlich auch überflüssig und das ist dann eine automatische Entlastung, die für niemanden eine negative Auswirkung hat. Ich würde wirklich davor warnen zu glauben oder zu meinen, dass ein Entlastungsziel immer damit verbunden wäre, dass jemand etwas dadurch verlieren würde.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich brauche kurze Antworten und kurze Fragen. So eine kommt jetzt noch von Patrizia Bernasconi.



*Patrizia Bernasconi (GAB):* Joël Thüring, Sie haben am Anfang Ihres Votums der GLP vorgeworfen, dass sie Ihre Anträge auf Kürzung nicht unterstützen bei der Budgetdebatte. Glauben Sie im ernst, dass die GLP oder die anderen Partnerparteien von Ihnen das Gleichstellungsbüro streichen würden?

*Joël Thüring (SVP):* Die GLP ist in diesem Vorstoss mein Partner. Ich habe der GLP überhaupt nichts vorgeworfen. Ich habe nur festgestellt und ich habe auch nicht auf einen spezifischen Antrag Stellung genommen, sondern meine das ganz generell, wenn wir über finanzpolitische Auswirkungen in diesem Kanton sprechen, dass die GLP Ihrer Fraktion meistens etwas näher steht wie meiner.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Besten Dank für die Diskussion. Ich möchte Sie hier auch noch einmal bitten, die Motion nicht zu überweisen, und als Hauptgrund sehe ich, dass ich nicht möchte, dass Sie das vermischen, dass Sie die Aufgabenüberprüfung nicht mit einem Entlastungsziel vermischen, das ich schon vor allem als finanziell sehe. Ich nehme an, wenn das im Gesetz wäre, wäre der Druck sehr gross, dass wir das machen, und da muss ich nicht mehr Aufgaben überprüfen. Ich sage da nicht meinen Abteilungen, schaut mal, ob ihr irgendwo Geld einsparen könnt, sondern ich sage einfach wie viel. Da muss man da nicht mehr lange suchen, sondern dann wird einfach eine Vorgabe gesetzt.

Und was wir heute machen, ist, dass wir quasi die Verantwortung auch etwas abgeben und sagen, schaut, könnt ihr etwas effizienter machen, schaut eure Aufgaben an, und das führt natürlich dazu, dass sie dort mehr Spielraum haben, wirklich auch engagiert diese Aufgaben anzugehen. Und was wir auch noch machen, wir schöpfen es dann nicht ab. Das heisst, jemand, der wirklich herausfindet, wir können etwas effizienter machen und Geld einsparen, dann schöpfen wir es nicht ab. Wenn wir das anders machen würden, dann würde natürlich niemand mehr sagen, er könne Geld einsparen. Und das ist eine Motivation, dass man wirklich aufzeigen kann, man ist effizienter und dann können Sie die Mittel für etwas anderes nachher einsetzen. Wir können das in der Finanzkommission dann auch gerne diskutieren und aufzeigen und ich finde es gut, wenn die Verwaltung wirklich hierauf selbstständig darangeht. Ich kann nicht bei einem 5-Milliarden-Haushalt sagen, wo man am besten Geld einsparen kann, ich sage einfach, wenn man das so will, dann sagt die Regierung, sagen wir, da wird so und so viel weniger ausgegeben, Punkt. Also anders ist das fast nicht machbar.

Ich bitte Sie, es nicht zu vermischen, dann mit uns die GAP zu diskutieren nochmal. Wenn es um finanzielle Entlastungsziele geht, würde ich das weglassen, die anderen Entlastungsziele, die sind jetzt eigentlich schon vorhanden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Hingegen beantragen Tobias Christ und Joël Thüring Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

## **Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003675, 12.06.24 17:10:58]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion als Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



### 35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:11:07, 23.5658.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionen. Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* So wie bei der ersten Überweisung dieser Motion werden wir auch heute die Motion ablehnen. Ich möchte nicht gross auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit eingehen. Grundsätzlich haben wir im Grossen Rat bereits viele Gesetze verabschiedet, die zum Ziel hatten, die Verfassung zu ändern und entsprechend eine Volksabstimmung zur Folge zu haben. Das ist aber bei uns nicht das Thema. Wir lehnen diese Motion aus inhaltlichen Gründen ab, unabhängig davon, ob sie rechtlich zulässig ist oder nicht.

Mit diesem Vorstoss soll ein Instrument geschaffen werden, das dem Parlament die Möglichkeit geben soll, mittel- und längerfristig auf die Finanzplanung Einfluss zu nehmen. Dabei haben wir bereits heute viele Instrumente wie die Planungsanzüge, die Vorgezogenen Budgetpostulate oder die einfachen Budgetpostulate. Darauf müssen wir aber, würde dieser Vorstoss durchkommen, verzichten. Die Absichten sind klar, es geht darum, den Ausgabenwachstum zu bremsen.

Der Regierungsrat stellt in seiner Stellungnahme sehr gut dar, was die Finanzdirektorin bereits bei der Überweisung der Motion gesagt hatte. Die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans würde ein Bürokratiemonster schaffen. Zum Beispiel werden heute auf Ebene Dienststellen die Planwerte, also die Finanz- und Personalentwicklung sowie die Lenkungskennzahlen nur für das Budgetjahr ausgewiesen und nicht für vier Jahre oder mehrere Jahre. Der Regierungsrat, wie im Bericht beschrieben wird, verzichtet bewusst auf mehrere Planjahre auf diese Stufe, weil dies mit einem erheblichen Planungsaufwand ohne bessere Abstimmung von Aufgaben und Finanzen verbunden wäre. Kurz gesagt, es wäre alles sehr aufwendig, teuer und bürokratisch, was im Übrigen auch im Widerspruch ist mit der Motion, die Sie vorher überwiesen haben.

Ich möchte noch das Votum von Anina Ineichen bei der ersten Überweisung in Erinnerung rufen. Mit dem Aufgaben- und Finanzplan haben wir es mit einem veraltetem Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, um dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, dass Politik sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv oder rational sind.

Ich persönlich höre es schon seit längerer Zeit in diesem Parlament und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als das Parlament nicht auf diese Art von Instrumenten eingestiegen ist, trotz langjähriger Vorbereitung seitens des Regierungsrates. Das Parlament wollte bei seinen kurzfristigen Instrumenten bleiben, bei Planungsanzügen, Vorgezogenen Budgetpostulate und Budgetpostulate. Schauen wir also nach vorne und lassen wir uns nicht von solchen veraltetem Instrumenten blenden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GLP spricht Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Zuerst zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Motion. Ich will die nicht materiell beurteilen oder meine eigene Meinung zugeben, auch wenn ich es vielleicht ein bisschen anders sehe, aber ich finde es doch seltsam, dass nicht erwähnt wird in der Stellungnahme der Regierung, dass wir schon im Motionstext explizit geschrieben haben, dass falls man der Ansicht sei, eine Verfassungsänderung sei nötig, das mitzubedenken. Ich würde dann erwarten, dass wenn das offensichtlich der Fall ist gemäss der Analyse, dass dann auch etwas dazu gesagt wird, dass man da einen Schritt weitergeht, als einfach zu sagen, rechtlich unzulässig, fertig. Wir haben das ein Stück weit schon vorausgesehen, dass das passieren könnte und das ist nicht effizient, das einfach zu ignorieren und nicht darauf einzugehen, sondern wir wären jetzt schon einen Schritt weiter. Wir könnten uns besser vorstellen, was passiert, wenn wir das trotzdem überweisen oder was passieren muss.

Zum inhaltlichen will ich eigentlich nicht wiederholen, was ich beim ersten Mal gesagt habe und was auch im Motionstext zu lesen ist. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, die Motionäre, dass die aktuellen Instrumente nicht befriedigend sind, dass eine langfristige Mitsprache nötig ist. Wie das genau sinnvoll erfolgen soll, haben wir offen gelassen mit der Motion, bewusst.



Natürlich wollen wir nicht ein Bürokratiemonster schaffen, wir sind aber der Überzeugung, dass es auch möglich ist, ohne ein Bürokratiemonster zu schaffen.

Wir glauben nicht, dass es sich hierbei um eine veraltete Idee handelt. Erstens mal ist es ziemlich offen, wie das jetzt genau ausgestaltet werden soll. Man kann das also durchaus auch nach neuesten Erkenntnissen machen und dass damals ähnliche Ideen früher mal abgelehnt worden sind, ich kenne diese Geschichte nicht im Detail, habe auch nicht mich dazu schlaugemacht, gebe ich zu, aber dazu kann ich nur sagen, es ist ja auch schön, wenn wir uns gewisse Sachen besser überlegen. Ich glaube, wir müssen da wirklich in eine bessere Richtung gehen und ich glaube wirklich fest daran, dass es langfristig effizienter sein wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und SVP. Wir beantragen Ihnen, die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Mein Kollege Tobias Christ hat bereits etwas auch zu dieser Frage der rechtlichen Zulässigkeit gesagt. Patrizia Bernasconi vom GAB möchte dieses Thema nicht hier diskutieren, weil sie vermutlich da sogar auch unserer Ansicht ist, dass diese Antworten des Regierungsrates, was dann rechtlich zulässig und unzulässig ist, ein bisschen inflationär in der Zwischenzeit bei Motionen, die überwiesen werden, verwendet wird. Da möchte ich schon ganz grundsätzlich auch noch einmal daran erinnern, dass selbstverständlich der Grosse Rat in dieser Frage eine Kompetenz hat und wenn er der Ansicht ist, dass etwas rechtlich zulässig ist, und bei der Zweitüberweisung dieser Motion würde er das nach dem Entscheid heute auch so zum Ausdruck bringen, dann gehen wir davon aus, dass die Regierung den Willen des Parlamentes respektiert. Und wie Tobias Christ auch gesagt hat, wird im ursprünglichen Motionstext ja gerade auch darauf hingewiesen und das wäre dann auch die Anforderung, die wir dann an die Gesetzesvorlage haben, dass dies so entsprechend dann auch eingeordnet werden kann, dass das möglich ist.

Zum Inhalt möchte ich mich auch nicht mehr allzu lange auslassen. Es ist klar, dass der Regierungsrat einen Finanzplan erstellt und dass der Grosse Rat dann entsprechend auch mitwirken kann und soll. Das erscheint aus unserer Sicht korrekt zu sein. Deshalb würden wir es sehr begrüessen, wenn der Regierungsrat nun nach der Zweitüberweisung mit einem Vorschlag kommt. Ich sehe das aber ähnlich auch wie Patrizia Bernasconi, das Ziel kann nicht sein, dass ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Wir hören auch aus anderen Gemeinwesen, dass diese Gefahr bei einem solchen Aufgaben- und Finanzplan durchaus bestehen kann. Hier glauben wir aber auch, kann man lernen aus anderen Gemeinwesen und es dann vielleicht auch besser machen. Das ist immer möglich und deshalb schauen wir gespannt dann auf den Vorschlag des Regierungsrates, wenn heute diese Motion zum zweiten Mal überwiesen wird und wären dann auch in der weiteren Erarbeitung eines solchen Aufgaben- und Finanzplanes sehr ergebnisoffen.

Deshalb bitten wir Sie, heute dieser Zweitüberweisung zuzustimmen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Kennen Sie den Film Groundhog Day? Der passt eigentlich recht gut zu dieser Motion. Die Finanzmotion wurde von Felix Meier, ich weiss nicht mehr genau, in welcher Partei er damals war, aber zuerst 2015 eingereicht. Und der Grosse Rat und dieses Parlament hat diese Finanzmotion aus verschiedenen Gründen am Ende nie 1:1 umgesetzt.

Was ist die Idee. Jetzt heisst es nicht mehr Finanzmotion, jetzt heisst es Aufgaben- und Finanzplan. Und was ist eigentlich die Idee dahinter, die Idee dahinter ist, es steht so schön, es kommt aus dem New Public Management, am Ende geht es darum, ich hatte vorher im Vorzimmer eine sehr interessante Diskussion mit einem FDP-Kollegen aus diesem Rat, wie man den Staat interpretiert. Setzt man ihn gleich mit einem Unternehmen oder ist es ein öffentliches Gemeinwesen, dessen Ziele politisch definiert werden und dessen Aufgaben und Zweck auch politisch bestimmt werden. Und diese Vorstellung dieses Finanzplans, oder damals auch die Finanzmotion, die geht halt sehr in die Idee hinein, dass wir es hier eigentlich eher mit einem Unternehmen zu tun haben. Einem Unternehmen, das effizient agieren muss, einem Unternehmen, das gewisse Benchmarks erfüllen muss. Und verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch interessiert an einem effizienten Staatswesen und ich bin auch daran interessiert, unnötige Bürokratie abzubauen, aber um gleich hier einzuhaken, dann müssen Sie nicht so einen Vorstoss machen und nicht so ein Instrument einführen, also wirklich nicht.

Und dann eingehackt bei ein paar Dingen, die vorher gesagt wurden. Sie haben sogar selber gesagt, dass Sie aus mehreren Gemeinwesen wissen, also Befürworter diese Motion, dass es zu Bürokratie führt und vielleicht kein zielführendes Instrument ist. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann führen Sie es nicht ein. Es gibt einen Nachbarkanton hier bei uns, der Kanton



Baselland, der hat dieses Instrument und die Seite, die nachher diese Motion überweisen wird, die hat auch eine Mehrheit in diesem Kanton. Man kann jetzt über die langfristige Finanzplanung des Kantons Baselland verschiedene Interpretationen anstellen, dass das Instrument des Finanzplans sehr geholfen hat für eine nachhaltige Finanzpolitik, würde ich jetzt zumindest mal in Frage stellen.

Dann sagen Sie, man kann lernen und der Regierungsrat soll das dann gut machen. Die Idee ist nicht wirklich veraltet, die Frage ist aber dann schon irgendwann, wir haben diese Debatte in den letzten zehn Jahren vielleicht etwa drei bis vier Mal in diesem Rat geführt und das New Public Management wird mittlerweile in vielen Bereichen schlichtweg nicht mehr gelebt oder umgesetzt, weil man eben auch an den Punkt gekommen ist, wo man gesagt hat, es ist nicht 1:1 anwendbar. Diese Vorstellung, die Sie haben, wie das Staatswesen funktionieren soll, kann man eben nicht 1:1 übertragen.

Generell noch, ich glaube, wenn uns die letzten zwei bis drei Jahre in unserer Gesellschaft und der Welt etwas gelehrt haben, ist, dass die Politik auf verschiedene Krisen, die es gibt, teilweise nur noch reagieren und nicht agieren kann und teilweise auch sehr verzögert. Und jetzt wollen Sie gleichzeitig, nachdem wir eine Pandemie gehabt haben, wir eine massiv sich zuspitzende Klimakrise haben, wir eine, ob man das gut oder schlecht finden will, aber eine Realität haben von sehr steigender Migration aufgrund verschiedener gewalttätigen Erschütterungen und Kriegen, wollen Sie ein Instrument einführen, in dem Sie den Staat und seine Finanzen auf ein paar Jahre hinweg planen wollen.

Das inhaltliche in Bezug auf den Abbau oder die sogenannte Entlastung, das haben wir vorher auch diskutiert und ausgeführt, da sind wir, glaube ich, etwa am gleichen Punkt. Konkret ist die Frage einfach jetzt, brauchen wir dieses Instrument auch als Parlament. Und ich habe vorher gehört, es gibt auch noch ein demokratiepolitisches Argument. Das demokratiepolitische Argument, da komme ich schon wieder auf mein Votum von der vorigen Motion zurück, dann sagen Sie es konkret. Sagen Sie konkret, wo Sie mehr Geld ausgeben wollen oder nicht. Aber diese Vorstellung, die Pläne zu erstellen dieses Instrumentes und die Verantwortung zu delegieren, die finde ich nicht gut und nicht zielführend.

Und zuletzt möchte ich noch ganz kurz etwas zum Formalen sagen. Ich würde auch nie abstellen darauf, ob ich etwas unterstütze oder nicht, wenn der zentrale Rechtsdienst sagt, ob es ungültig ist oder nicht. Aber ich würde doch, wenn Sie das wollen und wenn Ihnen das so wichtig und zentral ist, und ich spüre ja, das ist seit zehn Jahren ein Thema, dann schreiben Sie doch zum Beispiel, dass Sie diese Verfassungsänderung wollen und dann haben wir vielleicht auch die Debatte dort, wo wir sie konkret haben müssen. Und nicht so ergebnisoffen und wieder den Ball an die Regierung, sie soll bitte den Finanzplan entwerfen für Sie. Nein, dann bringen Sie ihn selber und konkret und sagen Sie dann, ja, wir möchten eine Verfassungsänderung dafür.

Darum, überlegen Sie sich gut, es ist eine veraltete Idee zum falschen Zeitpunkt, am falschen Ort, im falschen Kontext und überlegen Sie sich auch gut, brauchen wir wirklich eine Motion, ein Instrument, dass in diversen Kantonen zu genau dem geführt hat, was Sie sonst immer sehr ausführlich und intensiv in diesem Rat kritisieren, nämlich zur Bürokratie und Belastung der Verwaltung, die wir jetzt, glaube ich, wenn wir sie gleichzeitig noch so effizient machen sollen und auch ein bisschen Mal noch entlasten sollen, die wir, glaube ich, nicht noch mit dem belasten sollten.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Luca Urgese gemeldet.

*Luca Urgese (FDP):* Ich bin ja hier nicht Vertreter des Kantons Basel-Landschaft, aber wie Sie wissen, setze ich mich beruflich auch mit den Finanzen unseres geschätzten Nachbarkantons auseinander und möchte deshalb schon noch eine Lanze für die Aufgaben- und Finanzplanung des Kantons Basel-Landschaft brechen und zeigen, wieso dass das ein sinnvolles Instrumentarium ist, das sich durchaus lohnen würde, auch hier entsprechend einzubringen.

Aufgaben- und Finanzplan, so wie es unser Nachbarkanton praktiziert, bedeutet, dass nicht nur, wie wir es kennen, so die Gesamtsumme präsentiert wird für die nächsten Jahre, sondern dass aufgeschlüsselt wird, wie die Kostenentwicklung und auch die Einnahmeentwicklung in verschiedenen Bereichen abgeschätzt wird für die nächsten vier Jahre. Das Parlament, wenn es diese Detaillierung kennt, also einen grösseren Detaillierungsgrad hat für die kommenden Jahre, als das heute bei uns hier der Fall ist, weiss besser, wo genauer auf die Kostenentwicklung hingeschaut werden kann. Es wurde ja damit argumentiert, dass wir als Parlament ja verschiedene Instrumente haben, um auf die zukünftige Entwicklung hinzuwirken. Aber Sie haben uns ja, geschätzte linke Kolleginnen und Kollegen, mehrfach, wir haben es mehrfach versucht und Sie haben mehrmals immer gesagt, ja, ihr seid zu wenig konkret, Sie sagen ja nicht, wo genau und wie genau, wir haben das ja heute auch wieder gehört von Kollege Beda Baumgartner.

Und wenn man natürlich im Budget nicht sieht, wie dann die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren vorgesehen ist, dann ist das relativ schwierig und darum ist es eben notwendig, dass man in einer Aufgaben- und Finanzplanung sieht, wo sind genau die Kosten und wie sie sich entwickeln in den nächsten Jahren, damit man mit diesen langfristig wirkenden Instrumenten entsprechend auch darauf hinwirken kann. Und das ist eben das Zusammenspiel und nur so funktioniert das



auch entsprechend, das Zusammenspiel zwischen dem Instrumentarium, das wir haben, und der Aufgaben- und Finanzplanung.

Und dann erlaube ich mir auch noch etwas zu sagen zur rechtlichen Zulässigkeit. Die Kantonsverfassung sagt, der Regierungsrat ist für die Finanzplanung zuständig. Wir nehmen ihm das nicht weg, wir wollen ihm das nicht wegnehmen. Selbstverständlich soll der Finanzplan nach wie vor in Form eines Aufgaben- und Finanzplans, der Name sagt es ja, vom Regierungsrat uns vorgelegt werden. Es steht aber auch in der Kantonsverfassung drin, dass der Grosse Rat auch an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitwirkt. Und das ist das, was wir wollen. Wir wollen genauere Zahlen haben, damit wir dann mit dem Instrumentarium mitwirken können. Ich bin der Meinung, dafür braucht es keine Änderung der Kantonsverfassung, aber das kann uns ja, sofern diese Motion dann nachher überwiesen wird, noch näher ausgeführt werden.

Und zum Schluss, schauen Sie jetzt genau hin, was in unserem Nachbarkanton passiert. Wir hatten jetzt erstmals ein Defizit in unserem Nachbarkanton nach Jahren der Überschüsse wieder und man konnte jetzt genau feststellen, wo die Kosten jetzt aus dem Ruder zu laufen drohen. Namentlich im Bereich der Gesundheit und namentlich im Bereich der Bildung und das ermöglicht dem Parlament eine vertiefte Auseinandersetzung, warum ist das so und gibt es Möglichkeiten zu reagieren, bevor sich dann ebendiese prognostizierten Defizite auch effektiv realisieren. Das ist genau das, was wir mit einer Aufgaben- und Finanzplanung künftig machen wollen können.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Luca Urgese, nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys und Tim Cuénod an? Sie werden beide angenommen.

*Lisa Mathys (SP):* Luca Urgese, Sie haben gesagt, die Entwicklung ist schwierig vorauszusehen. Mit Verlaub, genau weil Sie keine konkreten Vorschläge machen, mit Verlaub, fehlt Ihnen da die Fantasie? Weil es ist doch sehr offensichtlich in Bereichen, gerade bei zunehmenden Schüler\*innenzahlen, bei zunehmenden Klimaerwärmungsschäden, wie sich der Bedarf entwickelt.

*Luca Urgese (FDP):* Entschuldigung, Lisa Mathys, aber es ist doch nicht seriös, wenn wir einfach am Schluss die Gesamtsumme sehen, den Finger aufzuhalten und sagen, ja, wir schätzen, dass es wahrscheinlich die Schülerzahlen sind, die zu dieser Zahl führen, deshalb machen wir da mal einen Vorstoss. Das ist einfach nicht seriös.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Ich bitte Sie, die Bemerkung kurz mir zu überlassen. Der nächste Fragende ist Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Luca Urgese, nach Ihrer Ausführung verstehe ich ein wenig besser, wieso im Kanton Baselland man jetzt sehr stark das Gefühl hat, dass man in gewissen Bereichen sparen muss, Bildung und Gesundheit, die ja auch uns betreffen oder das Kostenwachstum. Neigt dieses Instrument mit dem Aufgaben- und Finanzplan nicht gerade eben dazu, es sich sehr einfach zu machen, indem man dann einfach sagt, wir wollen diesen Richtwert nach unten kontrollieren, ohne genau zu sagen, wie das geschehen soll?

*Luca Urgese (FDP):* Der Kanton Baselland spart nicht, er versucht, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als nächstes hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich bitte Sie, das nicht zu überweisen. Ich versuche immer noch zu verstehen, was Sie eigentlich möchten. Sie haben Instrumente, die Sie aber nicht nutzen. Sie nutzen das Vorgezogene Budgetpostulat kaum, Sie nutzen diesen Planungsanzug auch kaum, Sie nutzen vielleicht zu wenig das Gespräch mit uns. Wir sind gerne bereit, Ihnen detailliert zu zeigen, wenn das Budget nachher vorgestellt wird, wo die Kosten ansteigen. Alle Kommissionen im Grosse Rat haben das Recht, einen Mitbericht zu Budget und Rechnung zu machen. Sie können uns auch einladen, wir stellen Ihnen das gerne jederzeit vor.

Aber ich habe das Gefühl, es geht ja irgendwie nicht um das, um das Wissen. Sie kriegen auch alle Informationen, ich glaube, das habe ich noch nie verweigert. Ich habe den Eindruck, es geht Ihnen darum, irgendwo eine Schraube zu drehen



und einen gewissen Einfluss zu nehmen, der einfach ist, das habe ich den Eindruck. Weil wenn wir das machen, was Sie jetzt möchten, das gibt halt ein wenig ein Bürokratiemonster, noch mehr Berichte, noch mehr Zahlen, noch mehr Grundlagen, und zwar für alles und nicht nur dort, wo es vielleicht notwendig ist. Aber wenn Sie am Ende wirklich auf Aufgaben verzichten wollen, Leistungen verzichten wollen, das wird immer und immer wieder auf Sie zurückfallen. Sie kommen nicht davon, ohne hier drin auch zu sagen wo, ich werde es Ihnen immer wieder zuspiesen müssen. Also wenn es um das geht, da kommen Sie nicht darum.

Dass wir jetzt hier so etwas, finde ich, auch etwas sehr kompliziert machen müssen, finde ich schade, wenn Sie das überweisen, das braucht jetzt wieder viel Arbeit und Zeit. Wenn es darum geht, mehr zu wissen, wo die Kosten steigen, wie wir den Finanzplan machen, was wir alles bereits heute schon wissen, sind wir jederzeit gerne bereit, in allen Kommissionen, Sie haben auch das Recht darauf. Daher versuche ich es jetzt nochmal, bitte überweisen Sie das nicht als Motion. Es wäre jetzt wirklich ein riesengrosser Aufwand, bei dem mir nicht ganz klar ist, was Sie eigentlich genau wollen. Weil in Baselland kann ich es mir nicht anschauen, habe ich jetzt gemerkt.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Joël Thüring beantragt Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003677, ]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 2 Jahre.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### **36. Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR**

[12.06.24 17:35:54, 16.5164.05]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt die Frist für alle drei Motionen um 2 Jahre zu erstrecken.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Fina Girard für das GAB gemeldet.

*Fina Girard (GAB):* Im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis bitte ich Sie, die vorliegenden drei Motionen abzuschreiben. Wir sprechen also nur einmal für alle drei Motionen. Ich versuche mich deshalb kurz zu halten.

Die Fraktion GAB hat bereits in allen vorangegangenen Abstimmungen dieses Eigenmietwerkpäckli bestritten, unsere Haltung hat sich seither nicht geändert. Der Eigenmietwert sollte ein Ausgleichsmechanismus sein zwischen Mieter\*innen und Hausbesitzer\*innen. Aktuell geht dieses System nicht ganz auf. Es besteht Revisionsbedarf, aber dann soll es eine Revision sein, welche die Steuerungleichheiten zwischen Mieter\*innen und Hausbesitzer\*innen aufhebt, indem auch weitere Steuerprivilegien, sprich Abzüge, abgeschafft werden und nicht eine Revision, welche vor allem die Ungleichheiten zwischen unterschiedlich stark privilegierten Hausbesitzer\*innen verbessern will.



Wie im Ratschlag der Regierung ersichtlich sind aktuell Anpassungen der Wohneigentumsbesteuerung im Bundesparlament in Diskussion. Es steht die Abschaffung des Eigenmietwerts im Raum. Als Kanton werden wir die neuen Bundesvorgaben umsetzen müssen und offene Fragen für Basel-Stadt klären. Wir werden uns also so oder so mit der Revision der Wohneigentumsbesteuerung auseinandersetzen müssen. Dann aber mit klaren Rahmenbedingungen vom Bund und entlang der Steuerharmonisierung zwischen anderen Kantonen statt mit Motionen im Gepäck, die unterdessen überholt sind und die in erster Linie die Privilegien des Wohneigentums stärken sollen. Warten wir also die Bundesentscheide ab und schreiben dieses Eigenmietwertpäckli ab.

In diesem Sinne bitte ich Sie, alle drei Motionen abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion FDP spricht Andreas Zappalà.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich möchte hier eigentlich nicht eine materielle Diskussion über Sinn und Unsinn der Eigenmietwertbesteuerung führen. Ich finde es auch ein bisschen daneben, dass jetzt das GAB einfach wieder mit der Abschreibung kommt. Ich möchte einfach feststellen, die Motionen wurden im 2016 eingegeben. Die Motionen wurden zweimal überwiesen, und zwar als Motion. Dann passierte einfach sechs Jahre lang nichts. Die Vorlagen verschwanden in der Schublade, vermutlich beim Finanzdepartement, und man unternahm nichts. Dann im 2022 kam, und das ist löblich, von Tanja Soland eine Vorlage und ich finde es wirklich auch sehr löblich, dass sie die Angelegenheit sehr intensiv prüfen will und jetzt nicht einfach mit einer Vorlage kommt, die am Schluss dann doch nicht mehrheitsfähig ist.

Aber ich muss schon sagen, bis dann effektiv eine Vorlage kommt, sind zehn Jahre vorbei. Die Motionäre, die das eingegeben haben, sind schon lange nicht mehr im Grossen Rat. Ich, der bei der Formulierung mitgeholfen habe, werde auch nicht mehr im Grossen Rat sein. Es ist schon sehr unüblich, dass Motionen behandelt werden zu einem Zeitpunkt, wo der grosse Teil des Grossen Rates, der diese überwiesen hat, gar nicht mehr im Grossen Rat ist und nicht mehr mitreden kann.

Ich bitte die Regierung wirklich, dass wenn dann das Jahr 2026 kommt und wenn man sagt, man will eine unabhängige Prüfung von der Bundeslösung machen, weil ich bezweifle, dass wir im 2026 eine Lösung auf Bundesebene haben, dass wir dann wirklich über ein Paket diskutieren können, das dann auch mehrheitsfähig ist. Und es geht überhaupt nicht darum, Privilegien für irgendeine Seite zu schaffen, sondern es geht einfach darum, dass auch im Kanton Basel-Stadt eine Eigenmietwertbesteuerung stattfinden wird, die diesen Namen auch verdient.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an die Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet.

Wir stimmen drei Mal ab. Zuerst geht es um die Motion von Thomas Strahm.

### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003679, ]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Frist wird erstreckt mit 50 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



### **36.1. Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR**

[12.06.24 17:42:18, 16.5166.05]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Katja Christ.

#### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003681, 12.06.24 17:42:53]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### **36.2. Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR**

[12.06.24 17:42:58, 16.5168.05]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Christophe Haller.

#### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**49 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003683, 12.06.24 17:43:36]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.



### **37. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR**

[12.06.24 17:43:42, 23.5497.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre

### **38. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR**

[12.06.24 17:44:17, 23.5590.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

### **39. Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR**

[12.06.24 17:44:56, 22.5082.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Als Einzelsprecher hat sich Beat Braun gemeldet.

*Beat Braun-Gallacchi (FDP):* Ich spreche hier im Namen der SVP und der FDP. In diesem Anzug geht es ja darum, wie man Mieterinnen und Mieter von Wohnungen in staatlichen Liegenschaften den Traum vom Wohneigentum ermöglichen könnte und so würde echter Wohnschutz entstehen. Die Regierung hat die Argumente vorgelegt, warum ein Verkauf von Wohnungen an bestehende Mieter nicht zielführend sei. Durch Fragmentierung, also einen Mix von Mieter und Eigentümer, würde man Skaleneffekte verlieren, dadurch steigen die Kosten und die Sanierungen, vor allem auch im energetischen Bereich, würden darum schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Und ausserdem könne der Kanton seine Bodenpolitik nicht weiterverfolgen.

Aus meiner Sicht hat sich die Regierung das sehr einfach gemacht. Wenn der Kanton die Wohnungen im Baurecht verkauft, dann bleibt das Land sowieso im Besitz des Kantons. Bei den energetischen Sanierungen, wenn man jetzt eine Heizung machen muss, eine Dämmung, Fotovoltaik, etc., das könnte man schon vertraglich regeln beim Verkauf einer solchen



Wohnung, und es ist logisch, dass sich dann die verschiedenen Eigentümer natürlich absprechen müssen, aber das kann man machen, das ist kein Hinderungsgrund. Sonstige Sanierungen würden die Eigentümer sowieso selber dann übernehmen.

Und dann meinte die Regierung, dass es zu Spekulationen kommen könnte, dass jemand die Wohnung kauft und dann teurer weiterverkauft. Aber auch da, den Weiterverkauf kann man vertraglich regeln oder der Kanton könnte auch ein Vorkaufsrecht für den Kanton etablieren. Auch wenn jetzt eine Wohnung gekauft wird und man würde sie weitervermieten und so dann Geld verdienen, was man aus staatlicher Sicht nicht will, das könnte man auch vertraglich regeln.

Ich bin überzeugt, wenn man wollen würde, könnte man die Idee von Wohneigentumsförderungen in staatlichen Liegenschaften weiterverfolgen und ich bin überzeugt von dieser Idee und darum bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, so dass sich die Regierung nochmals kreative Ansätze und praktikable Lösungen überlegen und nochmal präsentieren kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* René Brigger hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

*René Brigger (SP):* Nur kurz, ich darf auch für das Grün-Alternative Bündnis sprechen. Ja, die Antwort der Regierung ist zwar formell kurz, aber fachlich die richtigen Punkte. Beat Braun hat gesagt, man könne das Problem vor allem auch der Sanierung beim Verkauf regeln und so. Wir haben das ZGB und das ist ein grosses Problem bei Stockwerkeigentümergeinschaften. Auch bei energetischen Sanierungen und kleinen Ausbauten, Balkonbauten, etc. braucht es immer ein qualifiziertes Mehr. In der Bundesversammlung ist das ein Thema, dass man die Mehrheiten da ändert, aber es ist einfach Fakt, dass viele Stockwerkeigentümergeinschaften eigentlich immobil sind. Das ist das Problem.

Ein weiteres Problem ist, dass Stockwerkeigentum auf einer Baurechtsparzelle immer ein Problem ist. Das wäre höchstens denkbar gemäss den Erfolgsabstimmungen, also die Bodeninitiative und so, dass man Kantonseigentum auf Baurechtsland als Stockwerkeigentum macht. Das ist im grösseren Stil gemacht worden beim Kinderspital jetzt vor ziemlich genau zehn Jahren, dort gibt es auch Probleme. Ich empfehle keinem Stockwerkeigentümer, eine Parzelle auf Baurechtsland zu kaufen.

Und natürlich, die Freisinnigen, ja, staatliche Eigentumsförderung im städtischen Bereich, mit diesen Voraussetzungen ist das also wirklich sehr suboptimal und der politische Willen ist nicht da. Ich glaube auch nicht, dass man Leuten einen grossen Gefallen macht und von daher überzeugt die SP und das Grün-Alternative Bündnis hier die Analyse der Regierung. Ich bitte Sie, dem Abschreibungsantrag zu folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**50 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003688, 12.06.24 17:51:14]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 50 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.



#### **40. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung**

[12.06.24 17:51:20, 24.5130.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich kann mich kurzfassen. Zunächst danke ich der Regierung für die sehr detaillierte Beantwortung meiner Frage zur Auswirkung der kommenden BVG-Reform auf die Angestellten des Kantons. Die Antwort widerlegt das Narrativ der Reformgegnern, wonach die Revision diverse Verschlechterungen bringt, sehr klar und eindrücklich. Obwohl es sich bei der Pensionskasse Basel-Stadt um eine sogenannte umhüllende Pensionskasse handelt und die Mehrheit der Versicherten im Überobligatorium versichert sind, würden von der Senkung der Eintrittsschwelle noch 263 Personen klar profitieren. Zwei Drittel davon sind Frauen. Auch von den oft als zu tief erachteten Rentenzuschlägen für die Übergangsgenerationen profitieren die Frauen im Vergleich zu den Männern mit nahezu 70 Prozent überproportional, dies sowohl beim vollen als auch beim reduzierten Zuschlag.

Mit der BVG-Revision sparen auch Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Löhnen für eine BVG-Rente. Das sind Arbeitnehmende, die mit dem geltenden BVG schlecht oder gar nicht versichert sind. Ein Grossteil davon sind Frauen. Sie alle sind gemäss der geltenden Lösung nach der Pension einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt und von Ergänzungsleistungen abhängig. Im vergangenen Jahr arbeitet er über ein Drittel aller Erwerbstätigen Teilzeit, Tendenz steigend. Dabei handelt es sich noch immer vorwiegend um Frauen. Es ist also höchste Zeit, das System der Altersvorsorge den heutigen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt anzupassen und für die Zukunft fit zu machen.

Mit den Massnahmen der BVG-Revision werden auf einen Schlag in der Schweiz zusätzlich rund 100'000 Einkommen obligatorisch versichert. Das belegt auch eine kürzlich neu publizierte Studie des Frauendachverbandes alliance F, der die Reform unterstützt. Damit hilft die BVG-Reform auch den Gender Pension Gap nachhaltig zu verringern. Frauen profitieren mit der vorliegenden Reform zu Recht überdurchschnittlich vom Rentenzuschlag., Koordinationsabzug und der Senkung der Eintrittsschwelle. Mit der Aufweichung der tradierten strengen Mann-/Frau- Rollenverteilung werden in Zukunft aber auch die Männer und weitere Personen profitieren können, die wenig Einkommen erzielen, weil sie sich um Familie oder Angehörige kümmern.

Entsprechend freut es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit der Beantwortung meiner vorliegenden Interpellation sehr zufrieden bin. Ich empfehle allen, die Antwort der Regierung zu lesen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **41. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung**

[12.06.24 17:54:39, 24.5136.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Nicola Goepfert (GAB):* Ich bin überhaupt nicht zufrieden. Man bekommt das Gefühl, den Regierungsrat interessiert es nicht, dass die Stiftungsaufsicht der CMS in einem externen Gutachten als sehr kritisch beurteilt wird. Kritisch in Bezug auf die inhärenten Interessenskonflikte, ungenügender Transparenz und ungenügendem Machtausgleich. Der Regierungsrat sagt, dass die Aufsicht der CMS gemäss Ausscheidungsvertrag von 1876 der Bürgergemeinde unterliegt. Spätestens, wenn nun auch die Aufsichtsstruktur überprüft wird und als ungenügend beurteilt wird, sollte damit das Interesse der Regierung geweckt sein. Hier vernachlässigt der Regierungsrat ganz offensichtlich seine Verantwortung.

Und wie kann es eigentlich sein, dass der Kanton trotz Frauenquote innerhalb öffentlicher Leitungsgremien bei der CMS keine Änderung fordert, denn im Stiftungsrat der CMS sind sechs Männer, mehrheitlich weit über 55, das macht aber hier



nichts zur Sache, und nur eine Frau vertreten. Es gibt auch parteipolitische Vertretung, jedoch keine des 18 %-starken links-grünen Bündnis von BASTA und Grünen. Weil sich aber der Kanton für solche Fragen nicht zu interessieren scheint, wird meine Parteikollegin Brigitta Gerber im Bürgergemeinderat weitere Fragen dazu stellen.

Und der nicht zeitgemässe Ausscheidungsvertrag wird völlig ausgeblendet. Ein Austausch darüber mit der Bürgergemeinde wurde bereits im letzten Sommer versprochen und hat bis heute nicht stattgefunden. Der Regierungsrat nennt nicht einmal ein Datum, wann das stattfinden soll. Das ist eine schwache Leistung und der Regierungsrat drückt sich auch hier vor seiner Verantwortung bezüglich der CMS.

Verstehen Sie mich nicht falsch, die Arbeit der CMS ist wichtig für unsere Stadt und auch die einzelnen Institutionen, die von ihrer Unterstützung profitieren. Aber die Regierung täte gut daran, Verantwortung zu übernehmen und die Aufsichtsstruktur der CMS auch zu überprüfen, und zwar selber und kritisch und eine eigenständige Meinung dazu zu bilden. Glauben Sie ja nicht, dass Sie durch so schlechte Interpellationsantworten aus Ihrer Verantwortung entkommen. Wir von BASTA werden weiterfragen, wir werden weitermachen, damit die CMS in Zukunft eine saubere und klare Aufsichtsstruktur und einen diverseren Stiftungsrat erhält.

Entsprechend bin ich mit der Antwort der Interpellation nicht zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

An dieser Stelle machen wir Abendessenpause. Ich freue mich, Sie alle um 20 Uhr wieder hier zu sehen.

#### **Schluss der 19. Sitzung**

17:57 Uhr